

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Schriftleiter:
Erich Hilringhaus, Berlin.
Telefon: Amt 2247 4184/4186



Redaktion für Berlin und Umgebung:
Berlin O 21 61, Zelle-Strasse, Post 8
Telefon: Capoline

Die Herstellung erfolgt im Carl-Neuberg-Verlag.
Der Inhalt ist nur auf Grund eigener Anschauung oder Mitteilung innerhalb 4 Wochen
vor dem Erscheinen, wenn nicht anders bestimmt ist, empfangen für alle Fälle in Berlin.

Berlin, den 26. Oktober 1931.

Washington.

Wird Frankreich handeln ?

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Im Lichte des amtlichen Communiqués gesehen, ist das Ergebnis der Washingtoner Besprechung zwischen Hoover und Laval sicher nicht so reich wie es die Ankündigungen, die während der Seefahrt des französischen Ministerpräsidenten in die Welt verbreitet wurden, erwarten lassen, aber doch auch nicht ganz so mager, wie man nach den sensationellen Meldungen vom Sonntag vermuten musste. In gewissen Kreisen sowohl in Frankreich wie in Amerika waren die Hoffnungen überspannt worden und die Annahme lag ja auch nahe, dass ein so gross angelegtes Unternehmen, wie ein Besuch des französischen Ministerpräsidenten bei dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, nicht mit den - im übrigen in ihrer Bedeutung auch überschätzten - europäischen Ministerzusammenkünften zu vergleichen sei. Aber mit Recht hat der dem Pariser Aussenministerium nahe-stehende "Temps" schon vor einigen Tagen vor einer Ueberbewertung der Reise gewarnt. Es handele sich, so sagte er, nicht um den Abschluss eines Vertrages, der ja immer nur Sache der beiden Regierungen sein könne, sondern um freie und vertrauliche Unterhaltungen, in denen man sich von den wirklichen Absichten der beiden Regierungen und von den Möglichkeiten einer dauernden Zusammenarbeit auf dem grossen internationalen Gebiet sowohl was die Politik, wie was die Finanzen und die Wirtschaft angehe, ein Bild machen könne.

Nun haben Laval und Hoover, wie das Communiqué besagt, alles erörtert, was zu erörtern war: die wirtschaftliche Weltlage, die politischen Beziehungen, die Abrüstungsfrage, die Regierungsschulden, die Stabilisation der internationalen Währung usw. Erörtern aber heisst nicht zu einem Entschluss und zu einer Entscheidung kommen. Jeder weiss nur im besten Fall vom andern, wie er die Dinge ansieht; eine Einigung über die schwebenden und strittigen Fragen ist indessen offenbar nicht erzielt worden, und was am meisten Beachtung verdient, ist der Umstand, dass in der amtlichen Verlautbarung von der zuvor viel besprochenen amerikanischen Garantie für die französische Sicherheit überhaupt nicht die Rede ist. Man geht wohl nicht fehl mit der Annahme, dass sich das Laval nachgesagte Wort "hier ist nichts zu machen, Europa muss sich selber helfen", auf diesen Punkt bezieht.

Wir werden wohl nach der Rückkehr des französischen Ministerpräsidenten noch nähere Einzelheiten über den Widerstand der Vereinigten Staaten gegen politische Zugeständnisse erfahren. Einstweilen wissen wir nur von den Auslassungen des Senators Borah über die dringende Notwendigkeit einer Revision der territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrags. Herr Borah ist ein einflussreicher Mann. Er ist der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im amerikanischen Senat, und der Präsident der Vereinigten Staaten kann angesichts der parlamentarischen Lage in seinem Lande nicht wohl irgendwelche Verpflichtungen eingehen oder irgendwelche Versprechungen machen, wenn er der Opposition Borahs sicher sein muss. Indem dieser aber das Problem der deut-

schen Ostgrenze in die Debatte warf, verbaute er die Möglichkeit der Erfüllung der französischen Wünsche auf eine Unterstützung im Falle eines Krieges und schaltete damit eines der Kapital, an dem Laval sehr viel gelegen war, aus der ernsthaften Erörterung vollständig aus.

Trotzdem aber muss zugegeben werden, dass doch einiges erreicht worden ist. Es hat immerhin seine Bedeutung, wenn die Wichtigkeit der Erhaltung des Goldstandarts in Amerika und Frankreich festgestellt wird, denn es kann daraus doch wohl gefolgert werden, dass Frankreich nicht dazu beitragen will, durch weitere Abzüge von Gold die amerikanische Währungssituation zu verschlechtern. Es ist ferner von Wichtigkeit, dass man übereingekommen ist, vor Ablauf des Hoover-Moratoriums eine Verabredung über die internationalen Schulden zu treffen und dass dabei die an den internationalen Zahlungen und Reparationen beteiligten Mächte zum Ergreifen der Initiative aufgefordert werden, die doch nur die Einberufung einer internationalen Konferenz zum Ziele haben kann.

Am stärksten ins Gewicht aber fällt die Bekundung einer Übereinstimmung bezüglich der finanziellen und wirtschaftlichen Fragen, die "den Weg für eine Hilfsaktion der beiden Regierungen ebnen dürfte." Dieses "dürfte" ist sicher sehr vorsichtig und wenig verbindlich. Indessen kann man doch die Hoffnung hegen, dass bei den Unterhaltungen in Washington ein Verständnis für die Notwendigkeit einer aktiven Hilfeleistung für die notleidenden und bedrohten Länder durch die Besitzer des Goldes aufgedämmert ist. Wenn aus dieser Erkenntnis praktische Schlussfolgerungen gezogen würden, und zwar bald gezogen würden, so hätte die Zusammenkunft von Washington noch ein Resultat gehabt, mit dem man zufrieden sein könnte. Doch hier wird es vor allem auf die Bereitwilligkeit Frankreichs ankommen, aus seiner Reserve hervorzutreten, und in Frankreich waren es bisher eigentlich nur die Sozialisten, und in erster Linie ihr Führer Léon Blum, die das Interesse ihres Landes und die allgemeine Verbundenheit der Nationen richtig erkennend, immer wieder für ein Verlassen des Standpunkt unfruchtbarer Passivität eingetreten sind. Werden ihre Mahnungen jetzt ein stärkeres Echo bei den anderen Parteien und bei der französischen Regierung finden? Das ist die grosse Frage, die sich nach dem Abschluss der Washingtoner Konferenzen aufwirft.

SPD. New York, 26. Oktober (Eig. Drahtb.)

Laval hat Washington in der Nacht zum Montag verlassen und ist am frühen Morgen in New York eingetroffen. Der amerikanische Unterstaatssekretär Castle begleitete ihn auf der Reise. Laval benutzte den letzten Tag seines Aufenthalts zu einer Besichtigung der Stadt New York und war am Abend Gast der französischen Handelskammer, die zu seinen Ehren ein grosses Bankett veranstaltete. Um Mitternacht, d. h. am Dienstag früh 6 Uhr mitteleuropäischer Zeit, tritt der Ministerpräsident die Rückreise nach Frankreich an.

SPD. Vor dem Schöffengericht Berlin-Charlottenburg begann am Montag-Vormittag der mehrfach vertagte Prozess gegen den Oberführer der Berliner SA Graf Helldorf und seinen "Stabschef" Ernst, sowie gegen den Stahlhelmführer Brand, wegen schweren Landesfriedensbruchs und Rüdelsführerschaft, ferner gegen die Sturmführer Schulz, den "Standartenadjutant" und Truppführer Hagemeister, den Zeitungsfahrer Dammerow, den Sanitätstruppführer Samerski und den Sturmbannerführer Hell, zum Teil wegen schweren Landesfriedensbruchs, zum Teil wegen Beihilfe dazu. Dem Prozess, zu dem über 100 Zeugen geladen sind, liegen die pogromartigen Ausschreitungen auf dem Kurfürstendamm in Berlin anlässlich des jüdischen Neujahrsfestes zugrunde.

Der erste Verhandlungstag ist der Vernehmung der Angeklagten gewidmet. Graf Helldorf wiederholt die groteske Ausrede, die er auch im ersten SA-Prozess

mit wenig Erfolg gebrauchte: der Pogrom am Kurfürstendamm sei das Werk von Gegnern, Spitzeln und Provokateuren gewesen. Im übrigen versucht er, die Exzesse seiner Leute zu bagatellisieren. Als ihm der Vorsitzende vorhält, dass immerhin eine erhebliche Anzahl von schweren Gewalttätigkeiten vorgekommen seien, gibt Helldorf die bezeichnende Antwort: "Wir messen hierin mit besonderen Massen!" Es kommt dann noch ein sehr interessanter Brief Hitlers zur Sprache, nach dem der Münchener Osaf den Grafen Helldorf beurlaubt und seinen Mitangeklagten Ernst mit der einstweiligen "Wahrnehmung der Geschäfte" beauftragt hat. Anscheinend hat Helldorf Hitler im ersten SA-Prozess nicht geschickt genug geschwindelt. Der "kommissarische" Führer Ernst, ein gerade 21jähriger Jüngling mit unglaublich viel Selbstbewusstsein und einem chronischen Mangel an Gedächtnis, will das Gericht glauben machen, dass er und sein jetzt beurlaubter Vorgesetzter Helldorf auf dem tumulterfüllten Kurfürstendamm gleichsam als Beruhigungspillen gewirkt hätten. Er stellt jede Rädelsführerschaft in Abrede und will in keiner Weise die tobenden SA'ler aufgeputscht und aufgereizt haben. Im übrigen kam ihm natürlich der ganze Vorfall schrecklich harmlos und unerheblich vor.

Der dritte Hauptangeklagte, der Stahlhelmhauptling Brand, erscheint mit ordensgeschmückter Brust vor seinem Richter. Aus Brands Vorleben ergibt sich, dass er, der jetzt vor Gericht den Harmlosen mimt, bereits zwei Mal "einschlägig" vorbestraft ist und zwar einmal, weil er anlässlich der Verfassungsfeier des Reichsbanners in Leipzig einen Obelisk sinn- und geschmackvoll mit Hakenkreuzen und Stahlhelmemblemen "verziert" hat. Dieser Brand will auch nur auf den "Kriegsschauplatz" gekommen sein, "um sich die Sache mit anzusehen". Seine Leidenschaft ist angeblich das Schlachtenbummeln, es geht ihm wie Ludendorff, beim Kapp-Putsch 1920 -, er ist immer "zufällig" dabei! Eben "zufällig" traf er eine Anzahl ihm unterstellter Stahlhelmkameraden, denen er gesagt haben will: "Also Kinder, das ist schon eine Neujahrsfeier!" Als ihm einer seiner Stahlhelm-Männer erklärte, dass er ein feststehendes Messer bei sich trage, sagte Brand zu ihm: "Na, die Hauptsache ist, dass Du Dich nicht erwischen lässt!"

Der Angeklagte Schulz, der in Weissensee wohnt, ist nach dem Kurfürstendamm gefahren, um, wie er angibt, seine Sturmleute zurückzuholen; Krawallabsichten lagen ihm angeblich völlig fern. Der Angeklagte Hagemeister, der über den ehrfurchtgebietenden Titel: "Truppführer zur besonderen Verwendung im Stab des Sturmbanns und kommissarischer Sturmadjutant" verfügt, war gleichfalls am Kurfürstendamm. Er hat weder zertrümmerte Fensterscheiben, noch verprügelte Passanten, noch "Juda-verrecke"-Rufe gehört. Der Zeitungsfahrer Dammerow, der in der "Angriff"-Spedition beschäftigt ist, hat den Sturmführer Schulz mit seinem Motorrad nach dem Kurfürstendamm gefahren. Dammerow ist so etwas wie ein Motorradfahrer zur besonderen Verwendung; er fährt den tatenlüsternen Sturmführer Schulz auf die diversen Berliner Kriegsschauplätze und der grosszügige Sturmführer bezahlt ihm dafür die Steuer und das Benzin. An diesem Fall lässt sich erkennen, mit welcher Sorgfalt die nationalsozialistische Krawallorganisation aufgezogen ist. Die gleiche durchsichtige Naivität wie die anderen Angeklagten zeigt auch der Sturmbannführer Hell, der gleichfalls als Drahtzieher der Kurfürstendamm-Aktion verdächtig ist. Auch er will die Unschuld in Person sein.....

SPD. Frankfurt/M., 26. Oktober (Eig. Dr.)

Die Montagsverhandlung des Frankfurter Favagprozesses gab neue Aufklärungen über die grosszügigen Betrügereien des verstorbenen Generaldirektors Dumcke. Obwohl die Favagbilanz im Jahre 1926 einen Verlust von 3 Millionen Mark auswies, spiegelte Dumcke auf Grund einer gefälschten Bilanz dem Aufsichtsrat und seinen Mitdirektoren einen Gewinn von 1,8 Millionen Mark vor.

Er behauptete sogar, dass dieser Gewinn eigentlich 3,6 Millionen Mark betrüge, die andere Hälfte dieses Gewinnes sei jedoch zur Stärkung der Favag als stille Reserve zurückgestellt.

Der Aufsichtsratsvorsitzende Hoff unterzeichnete auf Grund dieser unwahren Angaben ein feierliches Dokument, in dem Dumcke 60 000 Mark, den drei anderen Favagdirektoren je 30 000 Mark Sondervergütung zugebilligt wurden, als Ersatz für den Ausfall an Tantiemen in den Jahren 1924/25. Die in diesem Fall nicht angeklagten Direktoren Schumacher und Lindner behaupten guten Glaubens gehandelt zu haben.

Dazu erklärt der frühere Aufsichtsratsvorsitzende der Favag, Hoff, dass Dumcke die 150 000 Mark-Angelegenheit in der Bilanzsitzung des Aufsichtsrates vorggetragen habe. Auch die anderen Aufsichtsräte hätten geglaubt, dass es sich tatsächlich um einen Gewinn von 1,8 Millionen Mark handle. Vorsitzender: "Eine materielle Prüfung haben Sie ja nie vorgenommen!"

Buchung und Zahlung der 150 000 Mark erfolgten in verschleieter Form. Die Beteiligten müssen trotz der Genehmigung des Aufsichtsratsvorsitzenden ein sehr schlechtes Gewissen gehabt haben; denn ein irreführender Wirrwarr von Buchungen und Gegenbuchungen und eine Fülle fingierter Briefe, deren Originale vernichtet wurden, sind um die doch gewiss einfache Tatsache einer Zahlung von 150 000 Mark entstanden.

Der Angeklagte Sauerbrey will von Direktor Becker eine ordnungsmässige Quittung verlangt haben. Becker aber habe die fingierten Buchungen angeordnet, damit die Angestellten nichts von dieser Sondervergütung erfuhren. Grotesk ist die Tatsache, dass die Auszahlungen an die Direktoren als Gutschrift für die Favag erschienen.

Rechtsanwalt Fürst, der Vertreter Sauerbreys, protestierte erregt dagegen, dass ein Angeklagter zwei Rundschreiben an die Presse gerichtet habe, in denen er falsches Zahlenmaterial gegeben und sich selbst als "strahlend unschuldig" hingestellt habe. Er legt dem Gericht eine Photographie eines derartigen Schreibens vor, wobei der Adressat unkenntlich gemacht ist. Rechtsanwalt Fürst kündigt an, ganz schonungslos vorgehen zu wollen, falls sich dieser Vorgang wiederhole. Schliesslich nennt er auch den Namen des Versenders. Es ist der 74jährige Angeklagte Lindner, der übrigens unter eines dieser Schreiben mit Bezugnahme auf seine Person das Zitat gesetzt habe: Es liebt die Welt das Strahlende zu schwärzen und das Erhabene in den Staub zu ziehen.

Der Verteidiger des Angeklagten Lindner, Rechtsanwalt Eller, entschuldigt Lindner und erklärt, dass er selbst von diesem Schreiben nichts gewusst habe. Rechtsanwalt Fürst: Ich habe ohne weiteres angenommen, dass der Anwalt des Herrn Lindner nichts von dieser Sache wusste, da er das "strahlende" Zitat, was wahrlich für einen Favagdirektor ungeeignet ist, nicht hätte passieren lassen. - Angeklagter Lindner: Ich habe an meine Bekannten und Freunde in Europa und Amerika, die mich nur als einen soliden Kaufmann kennen, ein Rundschreiben gerichtet, das ich nur der "Frankfurter" und der "Kölnischen Zeitung" zugänglich gemacht habe, weil ich durch den Kot gezogen worden bin.

Ähnlich wie bei einer anderen Fusionsangelegenheit war man in den Kreisen des Favagdirektoriums über eine neue Geschäftsverbindung der "Helios" (einer Tochtergesellschaft der Favag) mit der Düsseldorfer Rückversicherung derart erfreut, dass Generaldirektor Dumcke sich selbst und seinen 3 Kollegen die Summe von je 37 454,75 Mark "bewilligte"; sich selbst bewilligte, denn bei der "Helios" war Dumcke Aufsichtsratsvorsitzender. Insgesamt schädigte man die Favag in diesem Falle um 149 819 Mark, die man auch dann nicht zurückzahlte, als das Geschäft einige Zeit darauf annulliert wurde.

"Ich denke gar nicht daran!" sagte Generaldirektor Dumcke, als er von seinem Kollegen Schumacher leise auf die Pflicht zur Rückzahlung hingewiesen wurde. Dumcke tröstete sich damit, dass die Favag froh sein müsse, ein Risiko (!) los zu sein...."

Vors.: "Es war also wieder so: Geht man eine Fusion ein, so ist sie gut."

also nimmt man die Gratifikation! Löst man die Fusion, so ist das wieder gut; also behält man die Gratifikation!" - Angekl. Schumacher: "Ich konnte nichts gegen Dumcke machen." - Vors.: "Aber man verlangt doch von jedem kleinen Angestellten, dass er nichts Unkorrektes deckt. Umsomehr muss man das doch von einem Direktor verlangen." - Angekl. Schumacher: "Das ist theoretisch richtig. Aber mein Stuhl stand wiederholt zwischen der Tür."

Von dem Aufsichtsratsvorsitzenden Hoff, der übrigens für die "Helios" gar nicht zuständig war, erschlich Dumcke die Zustimmung zu dieser "Sondervergütung", indem er diesem erzählte, dass die Düsseldorfer Rückversicherung im Jahre 1926 nur einen geringen Geschäftsgewinn ausweise, der in der Hauptsache für die drei Düsseldorfer Direktoren verwendet werden solle. Nur eine kleine "Spitze" sollte für die Favagdirektoren reserviert sein.

Vors.: "Wofür sollten die Düsseldorfer Herren eigentlich entschädigt werden?" - Angekl. Schumacher: "Weil sie das Aktienpaket der Düsseldorfer Rückversicherung der Favag zubrachten." - Vors.: "Waren die Düsseldorfer Direktoren nicht angesichts des Defizits ihrer Gesellschaft verpflichtet, nach einer Rettung Ausschau zu halten? Sie selbst haben es übrigens als unerhört bezeichnet, dass man in der Favagdirektion annehme, sie würden eine Vergütung beanspruchen. Ich sehe keinen Grund, warum die Favag dafür, dass sie einsprang, die Düsseldorfer Herren auch noch bezahlen sollte."

Angekl. Schumacher: "Direktor Becker war grundsätzlich anderer Ansicht. Rückschauend sieht sich das allerdings anders an. In diesem Falle entdeckte ich zum ersten Male, dass ein ausgezahlter Betrag bei der Favag nicht gebucht war. Das war mir unfassbar. Ich erfuhr nun, dass auf Anweisung von Direktor Becker dies in zahlreichen anderen Fällen auch geschehen sei. Man zeigte mir ein Paket von Zettelchen mit nicht gebuchten Zahlungen."

Der von der Staatsanwaltschaft bestellte Sachverständige Gutberlet bestätigt diese Angaben. Das ganze Material über das Düsseldorfer Geschäft der "Helios" befand sich in einer kleinen grünen Mappe und bestand aus Bleistiftnotizen. Uebrigens haben in diesem Einzelfalle die beiden Direktoren Schumacher und Lindner ihre 37 000 Mark zurückgezahlt.

Es entwickelt sich nun zwischen dem Vorsitzenden bzw. dem Staatsanwalt und dem früheren Aufsichtsratsvorsitzenden der Favag, Herrn Hoff, ein aufregendes Frage- und Antwortspiel. - Vors.: "Halten Sie die beabsichtigte Entschädigung für die Düsseldorfer Herren für kaufmännisch gerechtfertigt?" - Zeuge Hoff: "Jawohl, damit man noch mehr günstige Verträge von ihnen bekäme". - Vors.: "Ist das nicht eine bedenkliche Auffassung?" - Staatsanwalt: "Ist Ihnen das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb bekannt, das die Annahme von Schmiergeldern verbietet? Die Direktoren sind auch nichts als Angestellte!" - Zeuge Hoff: "Es geschah ja nicht zum Nachteil der Düsseldorfer Rückversicherung." - Staatsanwalt: "Der Tatbestand ist typisch für den § 12 des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb." - Zeuge Hoff: "Die Düsseldorfer Herren sollten die Vergütung doch nicht vorher sondern nachher erhalten." - Staatsanwalt: "Ich hätte eigentlich die Kenntnis des Gesetzes vom unlauteren Wettbewerb bei einem Aufsichtsratsvorsitzenden vorzusetzen müssen." - Vors.: "Es gibt auch einen Verein gegen Bestechungsunwesen." - Zeuge Hoff: "Die Düsseldorfer Herren sollten ja nur ein Interesse haben, dass sie, wenn mal wieder etwas ist, es der Favag zuwenden."

Schliesslich fragt der Sachverständige, Professor Calveran, Herrn Hoff, wofür die Bilanzprüfung bei der "Helios" gehandhabt wurde. Wenn man dort auch nur etwa so viel Zeit wie bei der Favag für die Bilanzprüfung verwandt hätte, nämlich etwa 3 bis 4 Stunden, dann hätte man bei dem kleinen Rahmen der "Helios" die Bestimmungen des Handelsgesetzes durchaus erfüllen können. - Zeuge Hoff: "Ich habe ein Buch geprüft, aber es nicht mit den anderen Büchern verglichen." - Sachverständiger: "Was war das für ein Buch?" - Zeuge Hoff: "Das Kassabuch." - Sachverständiger: "Wielange haben Sie das Buch geprüft?" - Zeuge Hoff: "Etwa 2 Stunden." - Sachverständiger: "Also eine sachliche Prüfung hat nicht stattgefunden?" - Zeuge Hoff: "Nein." - Sachverständiger: "Danke sehr!"

SPD. Kiel, 26. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die von den Nationalsozialisten und den rechtsradikalen Landvolkgruppen inszenierte Steuersabotage der Bauern, die bisher bei Itzehoe zu einer Demonstration von 1500 Bauern führte, hat inzwischen einige weitere Fälle nach sich gezogen. Bei Brunsbüttel-Coog, dem Ausgang des Nordostsee-Kanals zur Nordsee, sollte bei einem Bauern Korn beschlagnahmt werden. Die Steuerstreik-Organisationen hatten daraufhin 100 Mann beordert, die dem Gerichtsvollzieher die Ausübung seiner Pflicht unmöglich machten. Der Lastwagenbesitzer und seine Helfer wurden bedroht. Ferner wurden die Säcke zerschnitten, sodass der Kraftwagen unverrichtetersache abfahren musste. Die gesaltsame Verhinderung der gesetzlichen Massnahme erfolgte im Beisein von drei Landjägern.

In Winseldorf bei Lockstecker Lager sollte bei einem Landmann ein Schwein gepfändet werden, weil er die Gebühren in einer Erbschaftsangelegenheit nicht bezahlt hat. Auch hier erschienen die Rollkommandos der Steuerverweigerer und setzten durch, dass die Versteigerung nicht durchgeführt und das Schwein wieder zurückgegeben wurde. Eine Kolonne von etwa 15 Personen marschierte sodann auf den Hof eines Bahnbeamten, der sein Fuhrwerk zur Abholung des Schweins zur Verfügung gestellt hatte. Der Beamte wurde von den Rollkommandos auf das schwerste bedroht, ausserdem entfernte man von seinem Wagen die Achsenschrauben. Als Wortführer machte sich besonders der stellvertretende Gemeindevorsteher bemerkbar.

SPD. Es ist unbestreitbar, dass die sogenannte nationale Regierung, die MacDonald in der zweiten Augushälfte gebildet hat, innerhalb kürzester Zeit eine ungeheure politische Verwirrung angerichtet hat. Die ursprüngliche Absicht ging dahin, alle Kräfte, die hinter dem Koalitionskabinetten stehen, einheitlich gegen die Arbeiterpartei zusammenzufassen. Wäre dieser Plan gelungen, dann würde infolge der Eigenart des englischen Wahlsystems die Lage der Arbeiterpartei überaus kritisch sein. Aber noch ehe die Neuwahlen beschlossen wurden, begann die Regierungsfrent zu zerbröckeln. Die oberflächliche Einigung innerhalb des Kabinetts beschränkte sich auf die Sanierungsmassnahmen für das in Unordnung geratene Budget. Die Konservativen, die innerhalb der neuen Koalition ein erdrückendes Übergewicht haben, versuchten darüber hinaus den künftigen Kurs der britischen Politik auf den Schutzzoll festzulegen, wogegen sich die Liberalen mehr oder minder energisch zur Wehr setzten. Kaum war das alte Unterhaus aufgelöst, da gingen die Konservativen aufs Ganze und erklärten, dass nur solche Kandidaten von ihnen unterstützt werden würden, die sich eindeutig auf eine Schutzzollpolitik verpflichten würden.

Für die Liberalen war das ein schwerer Schlag. Ein Teil von ihnen unter Führung von Sir John Simon beeilte sich, die alte liberale Tradition zu verleugnen und die gewünschten Zusicherungen den Konservativen abzugeben. Sie erklärten, dass der Sozialismus der Hauptfeind sei, dass es vor allem darauf ankomme, die Arbeiteropposition vernichtend zu schlagen und dass das Problem "Schutzzoll oder Freihandel" erst in zweiter Linie zur Debatte stehe. Durch diesen Kotau vor den Schutzzöllnern erreichten diese Renegaten des Liberalismus, dass ihnen die Konservativen keine Gegenkandidaten entgegenstellten. Ein anderer Teil der Liberalen unter Führung des Innenministers Sir Herbert Samuel lehnte die geforderte Zusicherung ab und wurde dafür von ihren konservativen Koalitionsgenossen durch Gegenkandidaturen bestraft. Und schliesslich sammelte sich um Lloyd George ein Häuflein der liberalen Aufrechten, die das Verhalten sowohl der Simon- wie der Samuel-Liberalen für Verrat an den Parteigrundsätzen erklärte und in einigen wenigen Wahlkreisen selbständig auftritt. Diese spärlichen Anhänger Lloyd Georges werden von der Arbeiterpartei unterstützt. Dafür hat in den letzten Tagen des Wahlkampfes Lloyd George die Aufsehen erregende Parole ausgegeben, dass alle liberalen Wähler, in deren Wahlkreis kein eindeutiger Freihändler aufgestellt ist, ihre Stimme für den Arbeiterkandidaten abgeben

sollen. Es soll nicht weniger als 300 Wahlkreise geben, auf die diese Parole des langjährigen Führers der Liberalen zutrifft. Das sind vor allem die Wahlkreise, in denen ausschliesslich ein Konservativer und ein Arbeiterparteilicher gegenüberstehen, aber auch solche, in denen ein Simon-Liberaler mit einem Arbeiterparteilicher um den Sieg ringt. Unklar ist allerdings, inwieweit dieser Rat Lloyd Georges gegenüber den Samuel-Liberalen Anwendung finden soll. Da die Liberalen zwar bei den letzten Wahlen infolge des ungerechten Wahlsystems nur wenig mehr als 50 Mandate, aber die stattliche Ziffer von mehr als 5 Millionen Stimmen erhalten hatten, könnte diese Parole Lloyd Georges für den Ausgang der Wahlen von entscheidender Bedeutung sein. Die Frage ist nur, ob der fast 70jährige Lloyd George noch einigermaßen die gleiche Autorität unter der liberalen Wählerschaft geniesst wie ehemals. Die Art, wie er fast von seiner gesamten Fraktion in den letzten Wochen verlassen wurde, lässt jedoch darauf schließen, dass sein Prestige selbst in liberalen Kreisen sehr gesunken ist.

Die Rolle, die MacDonald, Snowden, Thomas und die kleine Gruppe von Abtrünnigen der Arbeiterpartei in diesem Wahlkampf gespielt haben, ist mehr als kläglich. Sie beweist wieder einmal, wie jede organisatorische Trennung von der Partei zwangsläufig zu schärfsten politischen und persönlichen Gegensätzen führt. Was sich freilich der Ministerpräsident und noch mehr der Schatzkanzler innerhalb weniger Wochen an demagogischer Bekämpfung ihrer langjährigen Parteifreunde und Verleugnung ihrer früheren Ideale geleistet haben, übertrifft freilich die schlimmsten Erwartungen. Dabei sind sie durch die konservative Schutzzollparole in fast noch grössere Verlegenheit versetzt worden als die Liberalen. Am fatalsten war ihnen die Ankündigung ihres konservativen Kabinettkollegen Neville Chamberlain, dass, falls die nationale Regierung die Mehrheit bei den Wahlen bekäme, sie sich für befugt und verpflichtet halten würde, den Kurs des Schutzzolles zu steuern. Snowden hat das sofort bestritten, wodurch die Uneinigkeit innerhalb dieser farnosen "nationalen Einheitsfront" ins rechte Licht gerückt worden ist. Das ändert aber nichts daran, dass die Konservativen zweifellos die Ankündigung Neville Chamberlains wahr machen würden, ohne sich um den Widerspruch MacDonalds und seiner Freunde zu kümmern. Sie haben MacDonald für ihre Parteiziele ausgenutzt, haben ihm in den ersten Tagen der gemeinsamen Regierung überschwengliches Lob gespendet und seiner Eitelkeit geschmeichelt. Umso ungenierter bereiten sie sich jetzt vor, ihm den Fusstritt zu versetzen. Mit besonderer Spannung wartet man in England auf das Ergebnis in Seaham-Harbour, wo MacDonald, von der Arbeiterpartei ausgeschlossen, mit konservativer Hilfe seinen Sitz zu retten hofft. Aber auch wenn es ihm gelingen sollte, sein Mandat zu behalten, so ist er politisch erledigt, es sei denn dass er sich hundertprozentig verleugnet und seine Laufbahn offen als konservativer Politiker abschliesst. Snowden hingegen, der sich ganz besonders hässliche Ausfälle gegen seine frühere Partei geleistet hat, wird sein politisches Leben ohne Glanz und ohne Wirkungsmöglichkeiten als Lord im Oberhaus be-schliessen.

Die Stimmungsberichte aus England sprechen übereinstimmend von einem unzweifelhaften Sieg der Regierungskoalition und prophezeien sogar eine Zwei-drittel-Mehrheit für die Konservativen und ihr liberales Anhängsel. An der Londoner Börse werden Wetten durchweg in diesem Sinne abgeschlossen. Das englische Wahlsystem spricht in der Tat dafür, dass infolge der Vereinigung von konservativen und liberalen Stimmen auf einen Kandidaten in zahlreichen Wahlkreisen die Arbeiterpartei viele Sitze verlieren müsste. Aber Ueberraschungen sind nicht ausgeschlossen. Es bleibt vor allem abzuwarten, inwieweit der Appell Lloyd Georges an die bisherigen liberalen Wähler Erfolg haben wird. Nicht nur alle Sozialisten, sondern auch alle Menschen, die den volkswirtschaftlichen Wahnsinn eines neuen internationalen Wettlaufs der Zolltarife bekämpfen, müssen wünschen, dass die konservativen Pläne durchkreuzt und dass die Arbeiterpartei die übelwollenden bürgerlichen Wahlpropheten durch einen Erfolg Lügen straft.

SPD. Zürich, 26. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das endgültige Ergebnis der Schweizer Kantonwahlen lag auch am Montag-Abend noch nicht vor. Die Mandate dürften sich jedoch ungefähr wie folgt verteilen: Sozialdemokraten 49 (bisher 50), freisinnige Demokraten 52 (bisher 58), Katholisch Konservative 45 (bisher 48), Bauernpartei 30 (bisher 31), Sozialpolitiker, eine Mittelgruppe, 2 (bisher 3), Liberal-Konservative (äusserste Rechte) 5, vielleicht sogar nur 4, (bisher 6), Kommunisten 2 und 1 rechtsoppositioneller (bisher 2), wozu noch 1 oder 2 Wilde kommen.

Die Sozialdemokraten verloren 2 Mandate, eines im Kanton Turgau und eines im Kanton Bern, der um 3 Mandate weniger zu besetzen hat als bisher. Gewonnen wurden ein Nationalratsmandat im Kanton Genf und im gleichen Kanton ein Ständeratsmandat, das von dem Präsidenten des kantonalen Parlaments besetzt wird. Personell weist die sozialdemokratische Vertretung im Nationalrat keine erheblichen Veränderungen auf. Im Kanton Bern ist der Parteivorsitzende Ernst Reidhard, der 1928 nicht wiedergewählt worden war, gewählt worden. Die sozialdemokratische Stimmenzahl ist um mehr als 20 000 gestiegen und reicht damit sehr nahe an die der grössten Partei, der freisinnigen Demokraten heran. Der Rückgang der Mandatszahl des Nationalrates um 11 geht also nahezu auf Kosten der bürgerlichen Parteien. Die Sozialdemokraten haben unter Berücksichtigung der Mandatsherabsetzung 2 Mandate gewonnen und sind in 3 Kantonen, in denen sie bisher kein Mandat besaßen, knapp an die Mandatszahl herangelangt. Unter den bürgerlichen Parteien hat die Bauernpartei mit ihrer hochschutzzöllnerischen Politik am besten abgeschnitten, während die Freisinnigen ständig im Rückgang sind. Obwohl der sozialdemokratische Erfolg nicht in Mandatsziffern ausgedrückt ist, ist der Ruck nach links in der Schweiz unbestreitbar.

SPD. Am letzten Sonnabend und Sonntag waren in Magdeburg die leitenden Funktionäre des Reichsbanners zur Besprechung der Lage versammelt. Darüber übermittelte der 1. Bundesvorsitzende, Oberpräsident O. Hörsing, der Presse folgende Erklärung:

"In der am 24. und 25. d. M. zu Magdeburg abgehaltenen Konferenz der Gaugeschäftsführer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold konnte einhellig festgestellt werden, dass trotz der unverminderten Wirtschaftsnot seit dem unheilvollen Wahltag des 14. September 1930 das Reichsbanner sich innerlich und äusserlich dauernd gekräftigt hat. Der kameradschaftliche Zusammenhalt und der Opferwille der im Bunde zusammengeschlossenen republikanischen Kriegsteilnehmer und Kriegsteilnehmer-Söhne ist so fest und unerschütterlich wie nie zuvor. Ebenso einstimmig mussten aber auch die Vertreter aller Gauen ernste Besorgnisse zum Ausdruck bringen. Das Bedauern, ja die Erbitterung ist allgemein, dass der verehrungswürdigen Person des Herrn Reichspräsidenten ein Mann mit befleckter Vergangenheit wie A. Hitler nicht ferngehalten werden können. Immer noch misst die Justiz mit zweierlei Mass. Dass im Lande Braunschweig zu zehntausenden aus dem ganzen Reich zusammengeholt faschistische Gewalthaufen 2 Tage lang dort eine Gewaltherrschaft ausüben konnten und auch nachträglich nicht mit aller Entschlossenheit die notwendigen Konsequenzen daraus gezogen worden sind, beleuchtet die Verworrenheit der politischen Lage. Was sich in Braunschweig tatsächlich abgespielt hat, werden wir in kürzester Frist durch unsere Bundeszeitungen und die Bundespressestelle der Öffentlichkeit darlegen. Nur eines möchten wir heute schon hervorheben! pflichttreu bis zum Äussersten, teilweise heldenhaft und völlig selbstbeherrscht war die Haltung der zahlenmässig viel zu schwachen Landespolizei Braunschweig. Der faschistische Polizeiminister Klagges hat, während er die republikanische Kritik mit rücksichtslosem Verbot unterdrückte, trotzdem die Polizeibeamten vor feigen und verleumderischen Angriffen der bolschewistischen Presse nicht geschützt.

Leider muss aber festgestellt werden: Mehr oder weniger lassen es die Reichsregierung und selbst Landesregierungen, in denen die republikanischen Parteien das Heft völlig in der Hand haben sollten, am nötigen Selbstbewusstsein und Durchgreifen fehlen. Bünde und Organisationen, an deren einseitiger politischer Einstellung, ja an deren verfassungsfeindlichem Grundcharakter heute kein Zweifel mehr erlaubt sein darf, werden teils vom Reich, teils von den Ländern subventioniert und zu Aufgaben herangezogen, an die man offene oder versteckte Feinde der Republik nicht heranlassen darf. Kräfte im republikanischen Lager, im besonderen im Reichsbanner, stehen zur Lösung aller Lebensfragen der Republik genügend und zu jeder Zeit zur Verfügung.

In solcher Notzeit hält es das Reichsbanner für seine wohlverstandene vaterländische Pflicht, den eisernen Zusammenhalt der in überparteilicher Form zusammengeschlossenen Kameraden unbedingt zu wahren. Es liegen keine Anzeichen vor, dass Spaltungsversuche oder ähnliche parteipolitische Umtriebe unseren Bund gefährden können.

Das vor Jahresfrist ausgesprochene Wort Carl Severings: "Das Reichsbanner ist notwendiger denn je" ist nie wahrer gewesen als heute. Dessen mögen sich aber auch alle mitverantwortlichen verfassungstreuen Personen und Organisationen bewusst bleiben. Wenn von "Auflösung", "Verbot der Bundestracht", "Demonstrationsverbot" für alle Verbände gesprochen wird, so ist dies, soweit es das Reichsbanner betreffen sollte, verantwortungsloses Gerede. Eine Republik, die die demokratische Nothilfe ihrer Söhne nicht nutzbar zu machen versteht, würde sich selbst aufgeben. Das Reichsbanner lehnt es mit aller Entschiedenheit ab, mit halb- oder ganzfaschistischen, mit halb- oder ganzbolschewistischen Bünden oder Bewegungen in einen Topf geworfen zu werden. Von allen verantwortungsbewussten republikanischen Parteien, Verbänden und ihren Führern verlangen und erwarten wir, dass sie sich geschlossen hinter uns stellen.

Wir wollen als anständige Bürger der Republik die Republik schützen und werden uns durch nichts abhalten lassen, in der Stunde der Gefahr zur Stelle zu sein."

SPD. Braunschweig, 26. Oktober (Eig. Dr.)

Die Braunschweiger Kommunisten veranstalteten am Sonntag-Nachmittag eine Versammlung "gegen den Hunger", in der im wesentlichen mit Beschimpfungen gegen die Sozialdemokratie gearbeitet wurde. Es gelang den Kommunisten nicht, die Stadthalle zu füllen. Dem Rufe der SPD waren dagegen am Tage zuvor weit über 6000 Personen gefolgt. Zum ersten Male seit dem Bestehen der Stadthalle musste die Halle wegen Ueberfüllung polizeilich geschlossen werden. Auch Hitler vermochte die Halle nicht zu füllen.

Die Versammlung der SPD, in der Otto Wels zu den Massen sprach, war ein voller Erfolg und zeigte, dass die Braunschweiger Arbeiterschaft nach wie vor hinter der SPD steht. Die Meldungen der kommunistischen Presse über einen politischen Massenstreik in Braunschweig sind erfunden. In Braunschweig streikt nicht ein Arbeiter.

SPD. Die Aufforderung zur Unterschlagung von Parteigeldern, die Rechtsanwalt Eckstein in Breslau an solche bisherigen Parteimitglieder der SPD gerichtet hat, die zur Rosenfeld-Seydewitz-Gruppe übergetreten sind, ist vom Parteivorstand der SPD damit beantwortet worden, dass er die Betreffenden wegen Unterschlagung zur gerichtlichen Verantwortung ziehen werde. In Löbau in Sachsen hatte der bisherige Parteikassierer Pfitzner zunächst die Aufforderung Ecksteins befolgt. Als ihm aber durch den dortigen Rechtsanwalt Dr. Schuster unter strafandrohung die Aufforderung auf Herausgabe des Partei-

materials zuging, hat er sich nicht auf Ecksteins Versicherung verlassen, "er und Rosenfeld seien ja Juristen und würden die Sache schon machen". Er hat vielmehr die Mitgliederkartei, die Beitragsmarken und ca. 300 Mark Bargeld an den neuen Sekretär der SPD Richter in Löbau ausgehändigt. Womit wohl erwiesen ist, dass Eckstein nicht nur ein schlechter Politiker, sondern auch ein schlechter Jurist ist.

SPD. Paris, 26. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das Ergebnis der französisch-amerikanischen Besprechungen hat auch in hiesigen diplomatischen Kreisen grosse Enttäuschung hervorgerufen, obgleich man von vornherein keine übertriebenen Hoffnungen auf die Aussprache Laval mit Hoover gesetzt hat.

Vor allem betrachtet man hier die Form, in der die Deutschland interessierende Frage der Reparationszahlungen in dem französisch-amerikanischen Kommuniqué behandelt worden ist, als äusserst ungeschickt, wenn nicht als gefährlich. Aber man legt ihr nach genauerer Prüfung nicht die katastrophale Bedeutung bei, die man anfänglich aus den Erläuterungen der französischen Presse entnehmen musste. Wenn es auch, so wurde dem Korrespondenten des "Soz. Pressedienst" in Paris von massgebender Seite erklärt, selbstverständlich sei, dass Hoover und Laval in Washington nicht die Abschaffung eines internationalen Abkommens wie des Youngplanes beschliessen konnten, so bedeuete andererseits der Satz des Kommuniqués, dass die Initiative zu einer Neuregelung der Regierungsschulden von den interessierten europäischen Mächten im Rahmen des Youngplanes ergriffen werden müsse, nicht, dass der Youngplan als solcher bestehen bleiben soll, sondern dass nur die Neuregelung gemäss den Bestimmungen des Youngplanes und nicht auf Grund von Interventionen wie die Hoover's im Juni in die Wege geleitet werden soll. Wenn einmal die Verhandlungen darüber im Gange seien, werde sich zeigen, dass der bisherige Zahlungsplan nicht aufrechterhalten werden könne.

Jedenfalls erwartet man hier auf Grund der Washingtoner Beschlüsse, dass die Reichsregierung in der nächsten Zeit einen Moratoriumsantrag für die geschützten Zahlungen stellen wird, was automatisch die Einberufung des im Youngplan vorgesehenen Sachverständigen-Ausschusses zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit zur Folge hat. Die Sachverständigenberatungen dürften sich dann zu einer grösseren internationalen Konferenz entwickeln. Es besteht, wie der Korrespondent des "Soz. Pressedienst" ferner erfährt, Grund zu der Annahme, dass Frankreich dann bereit sein wird, abgesehen von der Ersatzung eines Teiles der Barzahlungen durch Sachlieferungen in eine Herabsetzung der Reparationszahlungen einzuwilligen. Ob auch eine Verringerung der geschützten Zahlungen in Frage kommt, wird von der Haltung des amerikanischen Kongresses bezüglich einer Herabsetzung oder Streichung der interalliierten Schulden abhängen. Nach einer hier vorliegenden Meldung aus New York soll die Zahl der Anhänger einer solchen Massnahme in einflussreichen amerikanischen Finanz- und Industriekreisen in letzter Zeit bedeutend gewachsen sein.

SPD. München, 26. Oktober (Eig. Drahtb.)

Professor Calmette, der es im Namen des Pasteur-Institutes abgelehnt hat, sich als Sachverständiger vor dem Lübecker Gericht zu äussern, hat den "Münchener Neuesten Nachrichten" auf deren Ersuchen den Grund seiner Ablehnung mitgeteilt. Seine Mitteilung lautet:

"Nach den Aussagen von Dr. Altstaedt, Professor Deyke und seiner Assistentin Anna Schütze scheint es offensichtlich, dass im Laboratorium des Lübecker Krankenhauses keinerlei Vorsichtsmassregeln unternommen wurden, um

eine Vermengung der Kulturen von BCG und der virulenten menschlichen Bazillen zu verhindern, die in dem gleichen Laboratorium zur Herstellung der Deyke-Much'schen Partigene dienten. So kam es verhängnisvollerweise zu Verwechslung und diese sind die einzigen Ursachen der Unglücksfälle gewesen, die sich bei den Neugeborenen ereigneten. Es ist ausserordentlich bedauerlich, dass Professor Deyke und seine Freunde - um sich von dem schweren Fehler reinzuwaschen, der bei der Bereitung der BCG in einem Laboratorium begangen wurde, das weder hinreichend geeignet noch ausgerüstet für diesen Zweck war - erklären zu müssen glaubten, das BCG hätte zur Virulenz zurückschlagen können, während sowohl sie selbst wie die ganze Welt wissen, dass das BCG vollkommen unschädlich ist. Sie suchen die Verhandlung so zu wenden und so wenden zu lassen, dass nicht mehr das behandelt wird, was um Lübecker Laboratorium geschehen ist, sondern eine Diskussion über die biologische Eigenschaft des BCG entsteht, die in Wirklichkeit nicht zur Diskussion steht und über die auch von einem Gericht gar nicht entschieden werden könnte. Zum grössten Nachteil für ihren Ruf als Wissenschaftler haben Professor Deyke und seine Freunde nicht gezögert, vollkommen falsche Dinge anzuführen, von denen sie selbst wussten, dass sie nicht exakt sind, z.B. jene Geschichte von den mit BCG geimpften und gestorbenen Kindern in Pernick (Bulgarien). Diese Geschichte wurde in allen ihren Einzelheiten erfunden von einem Dr. Simeonow, einem Agenten, und richtiggestellt von den offiziellen Hygienebehörden Bulgariens. Es ist das ein unwürdiges Vorgehen. Man muss sich wundern, dass Männer der Wissenschaft es anwenden, um sich von dem furchtbaren Irrtum zu reinigen, den sie begangen haben und für den sie allein die Verantwortung tragen."

SPD. Gelsenkirchen, 26. Okt. (Eig. Dr.)

In der Nacht zum Montag gegen 1,30 Uhr stiessen hier zwei Polizeibeamte, die sich auf einer Streife befanden, auf eine Gruppe randalierender Kommunisten, die aus dem Volkshaus kamen. Als die Beamten die Kommunisten zur Ruhe aufforderten, fielen aus der Menge Drohrufe. Der eine der Beamten namens Niederwerfer wollte daraufhin die Namen der Ruhestörer feststellen. Einen der Rowdies forderte er auf, mit zu einer Laterne zu kommen. Hier angekommen, schoss der Kommunist auf den Beamten. Die übrigen Kommunisten griffen jetzt ebenfalls zur Waffe und hinderten den zweiten Beamten, dem Schwerverletzten zur Hilfe zu eilen. Als dieser Beamte sich dann auch seiner Waffe bediente, rissen die Kommunisten aus. Niederwerfer hat zwei Schüsse in den Bauch, einen in die Brust, einen in den Oberarm und einen in die Wirbelsäule erhalten und ist nach grossen Qualen am Montag-Vormittag im Krankenhaus gestorben. Einer der Kommunisten muss durch einen Schuss ebenfalls verletzt worden sein.

Die Polizei besetzte noch in der Nacht das Volkshaus, verhaftete 40 Leute darunter eine Art Bereitschaftstruppe, die in einem dunklen Keller des Hauses verborgen lag. Ausserdem wurden Waffen und illegale Schriften beschlagnahmt. Auf die Ergreifung der Täter sind 3000 Mark Belohnung ausgesetzt. Niederwerfer der Mitglied der SPD war, hinterlässt Frau und ein Kind.

In Dortmund gab am Sonntag-Abend ein Nationalsozialist, der neben einem Trupp Reichsbannerleute marschierte, zwei Schüsse auf den Zug ab. Ein Reichsbannermann wurde leicht verletzt.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: "Anlässlich der Anwesenheit des italienischen Aussenministers Grandi in Berlin haben zwischen ihm und dem Reichskanzler eingehende politische Besprechungen stattgefunden. Anknüpfend an den freimütigen Gedankenaustausch, den der Reichskanzler bei seinem Besuch in Rom mit dem Chef der italienischen Regierung vornehmen konnte, wurden in den Berliner

Besprechungen alle die grossen politischen und wirtschaftlichen Probleme internationaler Art einer Erörterung unterzogen, deren Lösung von Tag zu Tag dringlicher wird. Bei der Aussprache, die mit vollster Offenheit und in freundschaftlichster Gesinnung geführt wurde, ergab sich weitgehende Uebereinstimmung in der Beurteilung der Lage und der Notwendigkeiten, die sich aus ihr ergeben. Insbesondere kam auf beiden Seiten die Ueberzeugung zum Ausdruck, dass die wirksame Bekämpfung einer Krise, wie sie heute die Welt erschüttert, ohne eine planvolle Zusammenarbeit der beteiligten Nationen nicht mehr möglich ist und dass diese Zusammenarbeit, wenn sie zum Erfolge führen soll, auf gegenseitigem Vertrauen und gegenseitiger Achtung gegründet sein muss."

SPD. Paris, 26. Oktober (Eig. Drahtb.)

Eine vom Innenministerium veröffentlichte Statistik über das Ergebnis der Wahlen zu den Provinziallandtagen (Generalräten) bestätigt, dass die Wahlen zu einem Sieg der Radikalen und der Sozialisten geführt haben. Nach der amtlichen Statistik haben die nationalistischen Parteien 25 Sitze in den verschiedenen Generalräten, d.h. 26,8 Prozent ihrer bisherigen Mandate verloren. Die Radikalen haben 28 Sitze, d.h. 5,5 Prozent und die Sozialisten 12 Sitze, d.h. 7,4 Prozent gewonnen. Der sozialistische Sieg ist in Wirklichkeit noch grösser, da die Zahl der sozialistischen Mandate vor den Wahlen vom Innenministerium aus durchsichtigen Gründen viel höher angegeben worden ist als es den Tatsachen entsprach.

SPD. Warschau, 26. Oktober (Eig. Drahtb.)

Am Montag begann in Warschau der Prozess gegen die Führer der Linksoption. Die 11 Angeklagten werden von 19 Anwälten verteidigt, darunter die ersten Juristen Polens. Die Presse ist nur in beschränkter Masse zugelassen. Von über 50 Auslandsjournalisten wurden nur 6 Plätze im Gerichtssaal angewiesen.

Die Verhandlung begann mit der Verlesung der Anklage gegen die Oppositionsführer. Die Verteidigung bemängelte sofort nach der Verlesung, dass die angeblichen Straftaten der einzelnen Angeklagten nicht gesondert aufgeführt sind, und beantragte die Ueberweisung des Prozesses von der Strafkammer in Warschau an das Schwurgericht in Krakau, wo der den Angeklagten zur Last gelegte Kongress des Linksblocks seinerzeit stattgefunden hat. Das Gericht lehnte den Antrag ab weil die angeblichen Pläne zum gewaltsamen Sturz der Regierung in Warschau und nicht in Krakau ausgearbeitet worden seien.

SPD. London, 26. Oktober (Eig. Drahtb.)

Auch am Vorabend des Tages der Wahlen, die am Dienstag vor sich gehen werden, sah man auf den Strassen von London nur wenig Anzeichen des bevorstehenden Ereignisses.

Die unerfreulichen Manöver, die diesen Wahlkampf auszeichnen, sind inzwischen weiter bereichert worden durch eine Aufschrift, mit der verschiedene Arbeitgeber ihre Lohntüten bei der letzten Lohnzahlung versehen haben. Sie besagt, dass, wenn die Nationalregierung nicht siegen werde, eine Stilllegung grosser Teile der Fabrikanlagen unvermeidlich sein werde. Trotz solcher Einschüchterungen und trotz der von Runciman verbreiteten Alarmnachricht, nach der durch eine Labozregierung die Ersparnisse bei den Postsparkassen bedroht

Seien, trotz Snowdens erbitterter Appelle an die Wähler geht die Labour Party mit der Zuversicht in den Wahlkampf, dass sie nicht in der Weise geschlagen werden kann, wie das ihre Gegner wünschen.

SPD. Danzig, 26. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die sozialdemokratische Volkstagsfraktion hat die Auflösung und Neuwahl des Volkstages beantragt. Unter der jetzt fast ein Jahr am Ruder befindlichen Bürgerblockregierung mit ihrer völligen Abhängigkeit von den Nationalsozialisten haben sich hier Zustände herausgebildet, die es dringend erforderlich machen, der Bevölkerung Gelegenheit zu einer Neuwahl zu geben. Der Auflösungsbeschluss des Parlaments bedarf der Mehrheit der Abgeordnetenzahl, das sind 37 von 72. Die Linke verfügt über 26 Mandate.

SPD. London, 26. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Unruhen auf Cypern nehmen ihren Fortgang. Am Montag wurde in Cyreneis wieder ein Bischof festgenommen. Er soll einen Angriff gegen das englische Verwaltungsgebäude angeführt haben. In einem anderen Teil der Insel haben sich grössere Menschenmengen mit der Gewinnung von Salz beschäftigt und damit gegen die Monopolgesetzgebung verstossen. Am Montag sind wieder vier Flugzeuge und Truppenverstärkungen aus Ägypten nach Cypern entsandt worden.

SPD. Danzig, 26. Oktober (Eig. Drahtb.)

In der Danzig-polnischen Streitsache um den Hafen Gdingen hat der Kommissar des Völkerbundes Graf Bjavina am Montag eine Entscheidung gefällt, nach der Polen verpflichtet ist, den Danziger Hafen voll auszunutzen. Diese Verpflichtung bringt aber keineswegs die Notwendigkeit mit sich, Ausführungsverträge abzuschliessen. Der Hohe Kommissar empfiehlt den Parteien in direkten Verhandlungen zu einer Verständigung zu gelangen.

SPD. London, 26. Oktober (Eig. Drahtb.)

In der Mandschurei haben die Japaner jetzt wiederum eine Bahnlinie besetzt. Der Schritt wird mit der erhöhten Aktivität chinesischer Banden in dem betreffenden Gebiet begründet. Die Bahn ist chinesisches Eigentum. Die japanische südmandschurische Bank und die Yokohama Specia-Bank besitzen jedoch Hypotheken auf sie im Werte von 4,9 Millionen Pfund Sterling.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören)

Dienstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

227 000 Arbeitslose in Detroit!

15 000 von ihnen sind obdachlos. - Ford und die Wirtschaftskrise.

SPD. New York, Ende Oktober (Eig. Ber.)

Detroit ist die Stadt der Automobilindustrie, dort sind die Fabriken des Henry Ford-Konzerns und der General Motors. In den Zeiten der Prosperität war diese Stadt die einzige Zuflucht für Leute, die in anderen Zweigen der Industrie keine Arbeit mehr bekamen. Die Automobilindustrie war lange Zeit am aufnahmefähigsten und bezahlte die höchsten Löhne.

Glanz und Elend.

Schon im Jahre 1914 klang es wie ein Märchen, als die Nachricht durch die Presse ging, dass Henry Ford einem ungelernten Arbeiter 5 Dollar am Tage bezahlte. Das war etwas, was Amerika noch nicht erlebt hatte. Man war misstrauisch, dann begeistert, die Zeitungen brachten lange Artikel, die Staatspolizei schickte Detektive nach Detroit, weil man an einen Schwindel glaubte, und Henry Ford wurde über Nacht zu einem der populärsten Männer Amerikas. Von überall her strömten gelernte und ungelernte Arbeiter herbei, die eingestellt wurden und den versprochenen Spitzenlohn erhielten. "Hebung des Lebensstandards" war Fords Parole. Jeder Arbeiter sollte nicht nur anständig gekleidet gehen und satt zu essen haben, sondern er sollte auch Besitzer eines eigenen Häuschens oder zumindest eines Ford-Automobils sein. Durch die erhöhte Kaufkraft der Arbeiter gingen die Geschäfte gut - wenigstens so lange, bis Ford sich den Markt erobert hatte und auch andere Wirtschaftszweige an der Philosophie der hohen Löhne und der Steigerung der Kaufkraft festhielten.

Als die Schwerindustrie und die Kohlenkönige anfangen, die Löhne zu senken, als der Binnenmarkt an Kaufkraft verlor und das Exportgeschäft infolge der Ueberindustrialisierung der kapitalistischen Länder stockte, war auch in Detroit das paradiesische Zeitalter vorbei. Und fast noch schneller, als es aufwärts gegangen war, ging es jetzt bergab, und heute ist Detroit diejenige Stadt Amerikas, die - mit 227 000! - prozentual die meisten Arbeitslosen hat. 15 000 von ihnen sind obdachlos....

Die Selbstmordziffer ist in den letzten Monaten erheblich gestiegen.

Ein Fall für viele.

Ueber 10 % aller Obdachlosen sind verheiratet und haben Familie. Ein besonders typischer Fall ist der eines Arbeiters slawischer Abstammung, der vor 15 Jahren mit vielen anderen nach Detroit kam. Er wurde bei Ford eingestellt und verdiente so gut, dass er nicht nur anständig leben, sondern auch heiraten konnte. Es war in allen Zeitungen zu lesen, jeden Abend konnte man es durch das Radio hören und sogar der Präsident der Vereinigten Staaten sagte es, dass jeder Amerikaner ein Auto und ein eigenes Haus haben müsste. Und so wurde zuerst ein Auto und später auf Abzahlung ein Einfamilienhaus erworben. Aber - mit den ersten Anzeichen der Krise begannen die Unternehmer die Ferien zu verlängern, und unser Arbeiter mit seinem Auto und seinem Haus war nur noch 10 Monate im Jahr beschäftigt, obschon er den Verdienst von 12 Monaten nötig hatte, um seinen Verpflichtungen nachkommen zu können. So wurden die geringen Ersparnisse schon mit aufgebraucht zu einer Zeit, wo er noch Arbeit hatte.

Als nach den ersten Depressionsmonaten Entlassungen vorgenommen wurden, war auch der Arbeiter unseres Beispiels unter den Entlassenen. Es wurde dann viel geschrieben und geredet, dass die Krise ihren Tiefpunkt schon erreicht hätte und dass es bald besser werden würde. Und doch musste unser Arbeiter

zu genau der gleichen Zeit sein Auto verkaufen und Geld auf seine Möbel borger, um die monatlichen Raten auf das Haus bezahlen zu können. Es wurde immer schlimmer, Arbeit gab es nicht, und so verlor der slawische Arbeiter am Ende sein kleines Haus und die 3 000 Dollar, die er schon darauf bezahlt hatte. Jetzt zerfiel auch seine neugegründete Familie, die Kinder wurden bei Verwandten untergebracht, und Mann und Frau nahmen ein möbliertes Zimmer. Nach kurzer Zeit musste auch die Frau zu Verwandten flüchten, denen es noch besser geht; der Mann blieb allein in Detroit zurück, immer auf der Suche nach Arbeit. Gelegentlich verdiente er ein paar Pfennige als Gelegenheitsarbeiter, dann gab es auch solche Arbeit nicht mehr, und am Ende versetzte er seine paar Wertgegenstände, auch seine entbehrlichen Kleider, und - landete bei der Wohlfahrt.

"Die Fabrik der Obdachlosen".

Es gibt in Amerika keine staatliche Erwerbslosenfürsorge, und die Städte und die Gemeinden müssen zusehen, wie sie mit ihren Arbeitslosen fertig werden. Die Unterstützungen, die gezahlt werden, sind nur geringfügig. Die Stadt Detroit versucht ausserdem, die Obdachlosen so gut wie möglich unterzubringen. Es sind Baracken gebaut worden, und ein Unternehmer hat der Stadt ein stillgelegtes Fabrikgebäude zur Verfügung gestellt, in dem 1 600 Menschen Unterschlupf finden konnten. Hier "wohnen" Arbeiter aus allen Berufen, auch Bankbeamte, Ingenieure, Angestellte, Tagelöhner. Diese "Fabrik der Obdachlosen" ist ein Quartier des Elends, eine lebendige Anklage gegen den Kapitalismus. Selbst Henry Ford musste zugeben, dass die Krise in Detroit heute schon mehr Familien zerstört hat als der Weltkrieg. Im übrigen kosten die Arbeitslosen die Stadt - die ihre Erwerbslosenaktion ohne die Hilfe der Industrie leistet - 2 Millionen Dollar im Monat, es ist sehr fraglich, ob die Stadt imstande sein wird, ihre Unterstützungen im Winter über aufrecht zu halten, wenn ihr nicht staatliche Mittel zur Verfügung gestellt werden.

S. 2.

* + + +

"Kaffee=Klatsch" bei Calmette.

Beginn der Beweisaufnahme im Lübecker Prozess.- Geheimrat Bielefeld und Senator Mehrlein als Zeugen.

SPD. Lübeck, 26. Okt. (Eig. Drahtber.)

In der Montagssitzung des Calmette-Prozesses verkündete das Gericht die Entscheidung über eine Reihe von Beweisanträgen. Der Antrag, Dr. Sliwenski-Sofia und Professor Petroff-Sofia als Zeugen über die angebliche Calmette-Katastrophe in Bulgarien zu vernehmen, wurde abgelehnt, ebenso der Antrag auf Ladung von Professor Calmette. Nach Ansicht des Gerichts können die Tatsachen, die durch diese Zeugen bewiesen werden sollten, als wahr unterstellt werden.

In der Zeugenvernehmung erklärte Geheimrat Bielefeld, dass es ein Märchen sei, dass seine Frau bei einem "Kaffee Klatsch" mit Frau Calmette die Einführung des Calmette-Verfahrens in Lübeck beschlossen habe. Wenn es in einem seiner Briefe an Calmette heisse, Dr. Altstaedt werde sich für die obligatorische Einführung des Verfahrens in Lübeck einsetzen, so beruhe diese Erklärung auf dem Eindruck, den er bei den Unterhaltungen mit Dr. Altstaedt gewonnen habe.

Senator Mehrlein, der Chef der Behörde für innere Verwaltung, dem auch das Gesundheitsamt untersteht, wurde eingehend über die Organisation des Gesundheitsamtes und der Behörde der Heilanstalten, sowie über die amtliche Stellung von Professor Altstaedt und Professor Deyke vernommen. Er führte aus, dass die Behörde für die Heilanstalten eine selbständige Behörde sei, dass der Physikus zwar das Recht habe, sich um die Zustände im Krankenhaus zu kümmern, dass er aber die Abstellung von Missständen nicht direkt verlangen kann, ohne hierüber seiner

vorgesetzten Behörde Mitteilung zu machen. Senator Mehrlein sagte, dass er vor dem Vortrag von Dr. Altstaedt nichts von dem Calmette-Verfahren gewusst habe, dass er vor allem das Rundschreiben des Reichsministers des Innern vom 11. Juli 1927 nicht gekannt habe. Er berichtete eingehend über den Vortrag, in dem Dr. Altstaedt ihm die Einführung des Calmette-Verfahrens empfohlen hatte. Dr. Altstaedt hatte ihm erklärt, dass die Sterblichkeit an Tuberkulose in Lübeck wie der zunahme und dass es jetzt endlich ein wirksames Mittel zur Immunisierung der Tuberkulose gebe. Dieses Mittel sei in Frankreich bereits an über 100000 Säuglingen erprobt worden. Dr. Altstaedt habe zwar darauf hingewiesen, dass die Tuberkulose-Schutzimpfung nach Calmette wie jedes andere Verfahren Gegner habe. Diese Gegner besäßen aber nicht den gleichen wissenschaftlichen Ruf wie die Forscher, die sich für dieses Verfahren ausgesprochen hätten. Senator Mehrlein bekundete weiter, er habe zunächst keine Meinung gehabt, das Calmette-Verfahren in Lübeck einzuführen. Er habe gewünscht, dass erst eine grosse Stadt vorgehe. Dr. Altstaedt habe jedoch darauf hingewiesen, dass gerade die Verhältnisse in Lübeck besonders günstig zur Einführung des Calmette-Verfahrens seien, da Lübeck eine sesshafte Bevölkerung habe, wodurch die Nachprüfung der Wirksamkeit des Verfahrens wesentlich begünstigt würde. Er habe dann angeordnet, Gesundheitsamt und die Lübecker Ärzteschaft über die Einführung des Calmette-Verfahrens zu hören. Er habe ausserdem angeordnet, dass die Angelegenheit der Öffentlichkeit unterbreitet werde. Dieses sei geschehen. Die Frage des Vorsitzenden, ob ihm der in der "Zeitschrift für medizinische Volksaufklärung" im Februar 1930 erschienene Aufsatz "In Lübeck sollen Kinder durch Calmette-Impfung sterben" zu Gesicht gekommen sei, wurde von Senator Mehrlein verneint. Daraufhin fragte Dr. Frey: "Glaubte Senator Mehrlein bei dem Vortrag von Dr. Altstaedt, dass er genau, eingehend, vollständig und richtig informiert war? Glaubt er es heute noch?" Senator Mehrlein antwortete, dass er damals allerdings der Ansicht gewesen sei, Dr. Altstaedt habe ihn genau, eingehend, vollständig und richtig informiert.

General a. D. Dr. Hansen berichtete als Zeuge über die Sitzungen des Lübecker Gesundheitsamtes, und des "Ärztlichen Vereins", in denen die Einführung des Calmette-Verfahrens besprochen worden war. Die Vernehmung des Zeugen ergab, dass nur ein ganz geringer Teil der Lübecker Ärzteschaft in der betreffenden Sitzung des Ärztevereins anwesend war, sodass "die einmütige Zustimmung der Lübecker Ärzteschaft" als durchaus nicht die Zustimmung aller Lübecker Ärzte war.

Die Verhandlung wird am Dienstag fortgesetzt.

Sklarek-Prozess. In der Montagsitzung des Bürgermeisters Klarek-Prozesses wurde der Sachverständige für die städtische Verwaltung, Obermagistrat Dr. Koppmann, darüber gehört, ob - wie im Falle der Uebergabe der KVG an die Klareks - das Abweichen von Magistrats- und Stadtverordnetenbeschlüssen zulässig sei. Der Sachverständige hielt ein solches Vorgehen für unkorrekt und unzulässig; es habe sich da in der städtischen Verwaltung eine laxe Praxis eingebürgert. Verantwortlich für die Ausführung von solchen Beschlüssen sei die Kämmererverwaltung.

Der Angeklagte frühere Bürgermeister Kohl betonte nochmals, dass er bei der Uebergabe der KVG an die Klareks die Interessen der Stadt gewahrt habe; (die Anklage behauptet, dass für das Lager der KVG 900 000 Mark zu wenig gezahlt worden seien); die Klareks seien aber auch keinesfalls übervorteilt worden. Der Angeklagte frühere Stadtamtsrat Sakolowski vertrat gleichfalls diese Auffassung und betonte, zum Teil in sehr erregten Worten, seine Unschuld und seine besten Absichten.

Er mordung einer Siebzehnjährigen. In der Nähe von Lauban (Schlesien) wurde ein 17-jähriges Mädchen ermordet aufgefunden. Zwischen dem noch unbekannten Täter und dem Opfer scheint ein heftiger Kampf stattgefunden zu haben.

Mord durch die Bierflasche. An einer Bahnstrecke in der Nähe von Strassburg wurde ein Streckenwärter von einer von Reisenden aus einem Zuge geworfenen Bierflasche so unglücklich am Kopf getroffen, dass er einen Schädelbruch erlitt und verstarb.

Winter in Bayern. In Südbayern herrscht seit Tagen Schneefall. Zahlreiche Eisenbahnzüge trafen mit erheblicher Verspätung an den Zielstationen ein. Auch der Landstrassenverkehr ist durch den tiefen und nassen Neuschnee sehr erschwert.

Er mordung eines Finanzmagnaten. In der Nähe von New York ermordeten Banditen den New Yorker Finanzmagnaten Walldorf-Welton und schleppten die Leiche dann auf einen Eisenbahndamm, um einen Unfall vorzutäuschen.

7 Millionen Mark Geldstrafe! Vom Grossen Schöffengericht Köln wurden die der Zollhinterziehung, Zollhehlerei und des Schmuggels angeklagten Mitglieder einer Schmugglerbande, die in 5 Wochen ungefähr 3 Millionen Zigaretten aus Belgien nach Deutschland eingeschmuggelt hatten, zu Gefängnis und zu Geldstrafen von insgesamt 7 Millionen Mark verurteilt.

Opfer der Arbeit. In dem durch Rauch einer Lokomotive verdunkelten Giersbergstunnel bei Siegen in Westfalen stiess eine mit zwei Bahnbeamten besetzte Drahtseilbahn in voller Geschwindigkeit auf einen im Tunnel haltenden Güterzug. Beide Beamten wurden schwer verletzt; ihr Zustand ist sehr bedenklich. Die Drahtseilbahn ist vollkommen zertrümmert.

Feuer im Kinderkino. In Jassy (Rumänien) brach in einem Kino während der Kindervorstellung Feuer aus. Viele Kinder wurden niedergetreten und zum Teil schwer verletzt. Der Operateur ist den erlittenen Brandverletzungen erlegen.

Ungetreue Beamte. Vier Beamte der Sparkasse des Landkreises Guben wurden wegen Untreue und passiver Bestechung zu Gefängnisstrafen von zwei Monaten bis zu 1 Jahr 6 Monaten verurteilt.

Brotz für Vitamine C? Der norwegische Chemiker Ottar Rygh in Stavanger soll auf künstlichem Wege Stoffe mit der Wirkung des Vitamins C hergestellt haben. Vitamine sind wichtige Bestandteile verschiedener Nahrungsmittel und für den menschlichen Stoffwechsel unentbehrlich. Das Fehlen von Vitaminen kann sogenannte "Mangelkrankheiten" zur Folge haben; durch Mangel an Vitamin C, das sich u.a. sehr reichlich in Zitronen findet, entsteht z.B. häufig Skorbut. Im übrigen weiss man über chemischen Aufbau und Wirkungsweise der Vitamine nur wenig. In Schweden wurde bereits eine Gesellschaft gegründet, die sich die praktische Verwertung der Rygh'schen Entdeckung zur Aufgabe gemacht hat.

Streik der Golfjungen. Mehr als 100 Golfjungen traten in El Paso in Texas in Streik und verlangten höhere Entlohnung von den zahlreichen Golfklubs, in denen sie angestellt sind. Es kam zu grossen Schlägereien zwischen den Streikern und Streikbrechern, die sich sofort in grosser Zahl eingefunden hatten.

Gewerkschaftliche Rundschau *

Der Alarmruf.

Lohnkonflikt und Reichsregierung.

SPD. Wir stehen vor schweren Tagen. Schon in dieser Woche muss sich zeigen, wohin in der Lohnfrage die Reise gehen soll. Eine Reihe bedeutender Lohnkonflikte drängt nach Entscheidung. Die Arbeiter des Reichs, der Reichsbahn und der Reichspost stehen in Verhandlungen mit ihren Arbeitgebern, und der Ausgang dieser Verhandlungen muss Klarheit darüber schaffen, ob der deutschen Arbeiterschaft der Hungerriemen tatsächlich noch enger geschnallt werden soll oder ob die Regierung entschlossen ist, jetzt endlich in der Lohnfrage den Arbeitern gegenüber Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu zeigen. Die Arbeiter sind im Lohnabbau weit über die Grenze des Erträglichen mitgegangen, weil sie nur zu gut wissen, dass sie in Krisenzeiten und vor allem in einer Krise, wie sie jetzt Deutschland und die Welt heimsucht, zurückstecken müssen, obwohl ihnen klar ist, dass nie mit Lohnabbau eine Krise behoben werden kann. Es hat aber alles seine Grenze, und deshalb ist der Alarmruf des Einheitsverbandes der Eisenbahner an den ADGB und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ein sehr ernstes Symptom für die gesamte lohnpolitische Situation.

Der Verzweiflungsruf der Eisenbahner hat auch die Reichsregierung auf die dem Reichsbahnbetrieb drohenden Gefahren aufmerksam gemacht. Auf Einladung der Regierung fanden daher am Montag in der Reichskanzlei unter Beteiligung der Gewerkschaftsspitzen Besprechungen mit den Vertretungen der Eisenbahnergewerkschaften statt. Diese hatten so Gelegenheit, den zuständigen Stellen die ungeheure Notlage der Eisenbahner klar zu machen. Sie führten den Nachweis, dass ein weiterer Lohnabbau im Reichsbahnbetrieb unerträglich sei. Sie machten darauf aufmerksam, dass einem grossen Teil der Reichsbahnarbeiter bereits seit längerer Zeit Lohn einbussen von mehr als 20 bis 33 Prozent durch Lohnkürzungen und Feierschichten auferlegt worden sind. Eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung der Eisenbahnarbeiter sei auch aus staatspolitischen Gründen vollkommen unmöglich. Die Gewerkschaftsvertreter wiesen sehr eindringlich auf die akute Gefahr hin, die sich aus Verzweiflungsausbrüchen bei weiterem Lohnabbau im Reichsbahnbetrieb naturnotwendig ergeben müsse.

Die Darlegungen der Gewerkschaften in der Besprechung mit der Reichsregierung blieben nicht ohne Eindruck. Mit Eindrücken allein ist es aber nicht getan. Die Regierung muss sich darüber klar sein, dass ihre Haltung nicht nur für den Lohnkonflikt bei der Reichsbahn, sondern für die gesamte Lohnlage bestimmend wirkt. Sie kann den Arbeitgebern der Privatindustrie ein gutes und ein schlechtes Beispiel geben. Ein schlechtes Beispiel wäre nicht nur für die augenblicklich schwebenden Lohnverhandlungen, sondern auch für den Verlauf der Beratungen des Wirtschaftsbeirats, die am Donnerstag beginnen sollen, verhängnisvoll. Eine Ernüchterung der Wahnsinnigen im Arbeitgeberlager täte dringend not.

+
Das fürchterliche Elend, das die Eisenbahner heimgesucht hat, kommt überaus drastisch in einer Protestentschliessung zum Ausdruck, die von der Funktionärkonferenz des Einheitsverbandes für den Bezirk Berlin angenommen wurde. Der Reichsbahn-Gesellschaft ist danach genau bekannt, dass eine weitere Lohnminderung bei Aufrechterhaltung einer geregelten Haushaltsführung in den Ei-

Eisenbahnerfamilien nicht mehr möglich ist. Ein grosser Teil der bei der Eisenbahn beschäftigten Arbeiter steckt tief in Schulden. Die Mieten können nicht mehr bezahlt werden. Die Grenze, wo die Armut zur Verwahrlosung treibt und bitterster Hunger an die Tür klopft, ist erreicht. Trotz dieser Notlage mutet aber die Reichsbahngesellschaft den Berliner Eisenbahnern eine neue Lohnkürzung bis zu 6 Pfennig zu. Die direkten Vorgesetzten in den einzelnen Dienststellen haben den Personalvertretungen rückhaltlos zugegeben, dass ein Lohnabzug nicht mehr vertretbar sei.

Ähnlich erschütternd klingen auch die Entschliessungen, die aus den verschiedensten Reichsbahndirektionsbezirken beim Vorstand des Einheitsverbandes einlaufen. Die Konferenz des Einheitsverbandes vom Organisationsbezirk Hannover hat unter schärfstem Protest jeden weiteren Lohnabbau abgelehnt und erklärt, dass angesichts der Not der Eisenbahner jeder weitere Abbau untragbar sei und mit jedem Mittel, auch mit dem Streik, abgewehrt werden müsse. Vorstand und Bezirksleitung wurden von der Konferenz aufgefordert, sofort entsprechende Massnahmen zu treffen.

Die Kunst der Politik besteht darin, sich von den Ereignissen nicht überraschen zu lassen. Wir sind gespannt, ob die Reichsregierung sich auf diese Kunst versteht.

SPD. Die Verhandlungen zur Neuregelung der Löhne der sächsischen Textilindustrie werden am Dienstag in Leipzig vor dem Schlichter weiter geführt.

SPD. Im Ruhrgebiet haben die Kommunisten wieder eine neue Parole ausgegeben. Sie lautet: "Volldampfkurs auf die Entfesselung betrieblicher Streikämpfe und Organisierung des politischen Massenstreiks." Also nicht Kämpfe zur Erämpfung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern nur eine Etappe zur Entfesselung des Bürgerkriegs!

Im einzelnen soll das kommunistische Kampfziel durch folgende Massnahmen erreicht werden: Bildung von Betriebs- und Strassenzellen zur Auslösung von Streitbewegungen, Schaffung von Kampfausschüssen unter der Führung der RGO, neue, besonders schmutzige Angriffe gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften und Einheitsfronterede für die Dummen.

Die kommunistischen Drahtzieher schrecken also auch in diesen ersten Tagen, wo die gesamte Arbeiterschaft zur Abwehr der Angriffe der Scharfmacher wie ein Mann zusammenstehen müsste, nicht davor zurück, den Gewerkschaften und der Partei in den Rücken zu fallen und den rechtsdaikalen Putschisten die Wege zu ebnen.

SPD. Die Reichstarifkommissionen der Gemeindearbeiter und der kommunalen Strassenbahner, die am Montag im Verbandshaus des Gesamtverbandes zusammentraten, haben die Lohnabbauvorschläge des Reichsverbandes kommunaler und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände Deutschlands einstimmig abgelehnt. Die Mitglieder der Reichstarifkommissionen, in denen alle Bezirke des Reiches vertreten waren, berichteten, dass überall die Gemeindearbeiter und Strassenbahner zu entschiedenster Abwehr entschlossen seien. Sie seien nicht gewillt, kampflos eine weitere Verschlechterung ihrer Lebenshaltung auf sich zu nehmen.

Lohnabbau und Arbeitsstreckungen haben vielfach das Lohneinkommen der Gemeindearbeiter auf den Unterstützungssatz der Arbeitslosenversicherung herabgedrückt. So beträgt z.B. das Bruttowocheneinkommen eines verheirateten Gemeindearbeiters in Waldenburg in Schlesien 25.60 Mark. Zieht man hiervon die

sozialen Beiträge, die Steuern und die Ausgaben für Wohnung, Heizung, Beleuchtung ab, so verbleiben für die Lebenshaltung etwa 14 Mark pro Woche. Von diesem erbärmlichen Betrage sollen nach den Vorschlägen des Arbeitgeberverbandes noch 9% abgezogen werden. Mit dem Wegfall der Lohnschutzklausel für verkürzte Arbeitszeit in Höhe von 5% verbleiben dem Arbeiter noch etwas über 10 Mark pro Woche zur Bestreitung seines Lebensunterhaltes. Angesichts dieser Zahlen ist es nur selbstverständlich, dass der Gesamtverband alle gewerkschaftlichen Mittel in Anwendung bringen wird, um weiteren Lohnabbau zu verhindern.

SPD. Es gibt Stillegungstragödien wie zum Beispiel die Stillegung der Wenzeslausgrube im schlesischen Bergrevier Neurode, wo die Bergarbeiter unter verzweifelter Anstrengungen die Fortführung des unrentabel gewordenen Werkes ermöglichen wollten, und es gibt Stillegungskomödien, nämlich Stillegungen, die gar keine Stillegungen sind, sondern nur Vorwand und Mittel, um unbequeme Arbeiter aus dem Betrieb zu werfen. Die Zahl dieser "Stillegungen" wächst von Tag zu Tag, und an diesem Unfug beteiligen sich besonders eifrig jetzt auch die oberschlesischen Kalkbarone. Der Ruhm der oberschlesischen Zementindustrie liess diese Herren nicht schlafen. Die Zementarbeiterschaft in Oberschlesien ist, eingeschüchtert durch die fortwährenden Stillegungen zum grössten Teil in die gelben Werkvereine gepresst worden. Was den Zementbaronen restlos glückte, glauben nun auch die Kalkbarone fertig zu bringen. So will die Schlesische Kalkindustrie A.G. die Werke Schimmischow und Gross-Strehlitz stilllegen. Gross-Strehlitz hatte bis jetzt den grössten Anteil an der Gesamtlieferungsquote, aber um Stillegungsreden sind ja die Unternehmer nie verlegen. Die wahren Gründe sind folgende:

Der Betriebsratsvorsitzende und ein Arbeiterratsmitglied haben sich durch erfolgreiche Vertretung der Belegschaft gegenüber der Betriebsleitung missliebig gemacht. Deswegen will die Firma die Beiden los sein. Weil sie aber bis jetzt in dieser Richtung keinen Erfolg hatte, versucht sie es mit Stillegung. Ganz soll nämlich der Betrieb nicht stillgelegt werden, sondern nur ein grosser Teil davon. Zu diesem Teil gehört aber ausgerechnet der Steinbruch, in dem gerade die beiden unbequemen Betriebsratsmitglieder beschäftigt sind.

Die Schlesische Kalkindustrie A.G. glaubt, wenn sie die ihr unbequemen Betriebsratsmitglieder los wird, umso besser mit der Belegschaft umspringen zu können. Dem Demobilisierungskommissar sind die nötigen Unterlagen unterbreitet worden, damit die Schlesische Kalkindustrie A.G. nicht die schlechten Verhältnisse benutzt, um durch Stillegung den Betriebsräteschutz zu durchbrechen.

SPD. Von den deutschen Dampfern, deren Besatzung sich in Leningrad von der RGO in einen wilden Streik hineinhetzen liess, sind bis jetzt 15 in Holtenau eingelaufen; 17 fehlen noch. Polizei und Reichsmarine versuchen zur Zeit klarzustellen, wo die überfälligen Schiffe verblieben sein können.

Vom Schnellgericht in Holtenau sind bis jetzt 69 Seeleute der bestreikten Schiffe zu insgesamt 112 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Angeklagten erklärten, sie hätten sich nur unter dem Druck russischer und deutscher Rollkommandos dem Streik angeschlossen.

Eine böse Suppe, die die RGO den auf ihre Phrasen hereingefallenen Seeleuten eingebrockt hat!



Französische Wirtschaftskrise.

(Anschluss an das europäische Preisniveau erreicht.)

SPD. Inmitten der Weltwirtschaftskrise hat man Frankreich lange Zeit, gerade wie Sowjetrussland, als eine Art Konjunkturinsel betrachtet. Die grössere Widerstandsfähigkeit Frankreichs gegenüber der Weltwirtschaftskrise beruhte ganz genau wie bei Russland, auf der Tatsache, dass sich Frankreich, als die Weltwirtschaftskrise die Länder überflutete, in einer grossen Investitionsperiode befand, seine Industrie modernisierte und rationalisierte. Das gibt Arbeit, reg vor allem die Produktionsmittelindustrie an. Man kann heute sagen, dass die Investitionsperiode in Frankreich abgeschlossen ist. Naturgemäss musste sich damit die Krise in Frankreich schärfer ausprägen.

Die industrielle Produktion Frankreichs ist, Stand von 1928 = 100 gesetzt von 105,1 im Januar 1931 bis zum Juli 1931 auf 97,2 gefallen. Frankreich, das lange Zeit in der Vorstellung der Ausländer das Land ohne Arbeitslose war, muss sich mit einer scharfen Zunahme seiner Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, die in Frankreich viel mehr in Anwendung kommt als anderswo, abfinden. Bei Beurteilung der Situation ist man allerdings auf sehr dürftige Statistiken angewiesen. Nach einer Erhebung, die im August in Betrieben mit über 100 Arbeitern durchgeführt wurde, waren von einer erfassten Gesamtbelegschaft von über 2,8 Millionen Arbeitern 33 Prozent Kurzarbeiter gegenüber 14 Prozent im Anfang des Jahres. Die von der Umfrage erfassten Betriebe beschäftigten auch rund 8,5 Prozent = fast 220 000 Arbeiter weniger als im Vorjahre. Eine private Schätzung für einen späteren Termin, die auf den Statistiken des französischen Arbeitsministeriums aufbaut, kommt auf 700 000 Arbeitslose und rund 500 000 Kurzarbeiter, die in der Woche mehr als zwei Tage feiern.

Wenn man das Wesentliche der französischen Krise kennzeichnen will, so ist zu sagen, dass sich das Preisniveau Frankreichs während der Weltwirtschaftskrise dem Preisniveau der alten Industrieländer angepasst hat bzw. übertrifft. Damit hängt u.a. die ungünstige Entwicklung des französischen Aussenhandels zusammen. Der französische Warenhandel zeigte für die ersten acht Monate des Jahres 1931 einen Einfuhrüberschuss von 9,1 Milliarden Francs gegenüber 5,7 Milliarden Francs in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Wenn man die Natur des französischen Aussenhandels untersucht, ergibt sich, dass die Einfuhr von Fertigfabrikaten aus dem Auslande nach Frankreich dauernd ansteigt, während die Ausfuhr von französischen Fertigwaren zurückgeht. Frankreich hat eben den Punkt erreicht, wo die Wirkung des Francs stabilisierung aufhört. Die Stabilisierung erfolgte auf einem tiefen Stand. Das ermöglichte niedrige Arbeitslöhne und niedrige Preise. Alles das kam dem Export zustatten. Eine ähnliche Entwicklung haben wir ja auch in Belgien nach der Stabilisierung des belgischen Francs erlebt. Wir erinnern daran, dass sich die deutschen Eisenproduzenten eine zeitlang darauf berufen konnten, dass die französischen bzw. belgischen Eisenexportpreise niedriger lagen als die deutschen Herstellungskosten, und die deutschen Unternehmer haben immer wieder ihre Lohnabbauaktion mit den niedrigeren Preisen und Löhnen in den westeuropäischen Staaten begründet. Soweit Frankreich in Frage kommt, gilt das nicht mehr. Gerade die Zunahme in der Einfuhr von Fertigwaren nach Frankreich und die Abnahme des Exports französischer Fertigwaren beweist, dass das französische Preisniveau

Anschluss an das europäische Preisniveau gefunden hat. Die ganze Entwicklung zeigt aber auch, wie fragwürdig Exportförderungen sind, die sich aus Währungs- experimenten ergeben. Sie wirken wohl für eine Zeit. Im Grunde genommen ergeben sich aber für den Export keine Erleichterungen, sondern Erschwerungen.

Die grossen Streiks in den französischen Textilgebieten haben gezeigt, dass die französischen Unternehmer bestrebt sind, der Entwicklung mit einem Preisabbau entgegen zu wirken. Aber ganz genau so wie ihre deutschen Kollegen wollen sie den Preisabbau durch Lohnabbau erzwingen. Das ist auf dem Papier durchaus möglich. In der Praxis liegen die Dinge so, dass der durch Lohnabbau gesteigerte Export die Schäden nicht aufwiegt, die die gedrosselte Kaufkraft im Inlande anrichtet. Für Frankreich ist diese alte Erfahrung von doppelter Bedeutung.

Frankreich hat stark rationalisiert. Es hat seine industrielle Produktion ausgeweitet, sie auf die Hochkonjunktur der verflochtenen Jahre eingestellt und hat, wie in Deutschland, eine Kapazität geschaffen, die nicht ausgenutzt werden kann. Dagegen kostet diese Kapazität Zinsen und Abschreibungen. Die fixen Kosten (Zinsen, Abschreibungen und Unterhaltung usw.) belasten aber die Einheit der Ware mehr, je weniger fabriziert wird. Die durch die französische Rationalisierung stark gestiegenen fixen Kosten sind es auch, die einem Preisabbau im Wege stehen. Vor einem Kapitalschnitt scheut das französische Unternehmertum noch mehr zurück als das deutsche. Die bittere Erkenntnis, dass Preisabbau nur durch Kapitalschnitt zu erzielen ist und dass man an dem Kapitalschnitt nicht vorbeikommen wird, wird auch hier erst allmählich heranreifen.

In Frankreich wird das Preisproblem noch schwieriger durch die französische Agrarpolitik und die Kreditausweitung. Soweit die Kreditausweitung, die schon z.T. durch besondere Kredite an notleidend werdende Industrie bedingt wird, in Frage kommt, erhöht sie den Notenumlauf, was zu Preiserhöhungen führen muss. Die französischen Preisindizes sind äusserst widerstandsfähig, was nicht zuletzt mit der starken Steigerung des Notenumlaufs zusammenhängt. Andererseits ist zu beachten, dass die Hälfte der französischen Bevölkerung in der Landwirtschaft ihr Auskommen findet. Der ungeheure Rückgang der Getreidepreise musste in Frankreich zu besonderen Schutzmassnahmen führen und zwar hatte Frankreich vor allem einen alten Weizenbau zu verteidigen. Man machte das in Frankreich, ganz genau so unüberlegt wie bei uns in Deutschland durch einen unerhört hohen Zoll, der die französische Bevölkerung pro Kopf mit einer Sondersteuer von 250 Francs belegt. Für den Weizenpreis bedeutet das, dass in Frankreich der Weizenpreis 4 Mal so hoch ist als im Auslande. Man hat es also in Frankreich noch weiter gebracht als in Deutschland, wo der Weizenpreis den Auslandsweizenpreis um etwas mehr als das doppelte übertrifft. Schon in Deutschland ist es nicht richtig, wenn die agrarischen Interessenvertreter sagen, dass es beim Brotkauf auf 1 oder 2 Pfennige mehr nicht ankomme. Der Brotpreis ist immer eine Art Richtpreis. In Frankreich, wo sehr viel Weizenbrot gegessen wird, trifft das vor allem zu. Aus dem Gesagten ist festzustellen, dass die industriellen Produktionskosten in Frankreich noch mehr als in Deutschland durch einen unerhört hohen Brotpreis belastet sind.

Ueber die Entwicklung der französischen Industrie ist folgendes zu sagen. Der Kohlenbergbau, der einen Einfuhrschutz genießt, schränkt seine Produktion weiter ein. Schlimmer liegen die Dinge in der Textil- und Metallindustrie, wo sich die Katastrophe der Rohstoffpreise böse auswirkt. Die Luxusindustrien müssen sich mit stärkerem Ausfuhrückgang abfinden.

SPD. Die Monatsbilanz der deutschen Kreditbanken für Ende September zeigt einen weiteren Rückgang an Kreditoren und zwar bei den erfassten 81 Kreditbanken binnen Monatsfrist, von Ende August bis Ende September, von 10,49 Milliarden Mark auf 10,19 Milliarden Mark und bei den sechs Berliner Grossbanken um 8,06 Milliarden Mark auf 7,87 Milliarden Mark zurück. Bei den Akzepten ist bei den gesamten Banken nur ein leichter Abbau, von 942 Millionen Mark auf 941 Millionen Mark festzustellen, bei den Berliner Grossbanken von 840 auf 818 Millionen Mark. Die Warenvorschüsse usw. haben sich stärker verringert und zwar bei den Berliner Banken von 1,46 Milliarden Mark auf 1,28 Milliarden Mark und bei den gesamten Kreditbanken von 1,69 Milliarden auf 1,48 Milliarden Mark. Die Scheck- und Wechselbestände haben sich erhöht, bei den Berliner Banken von 1,16 auf 1,21 Milliarden Mark und bei den gesamten Kreditbanken von 1,74 auf 1,80 Milliarden Mark. Der Debitorenabbau geht nur schwer vor sich. Die Berliner Grossbanken geben ihre Debitoren mit 5,41 Milliarden Mark an gegenüber 5,43 Milliarden Ende August und die gesamten Kreditbanken mit 6,96 Milliarden gegenüber 6,99 Milliarden Mark im Monat vorher.

SPD. Für die dritte Oktoberwoche ist bei der Reichsbank ein stärkerer Rückfluss von Krediten festzustellen. (Rückgang um 232,3 Millionen auf 3 903,2 Millionen Mark). Die Wechselkredite allein verminderten sich um 159,8 Millionen Mark auf 3 666,9 Millionen Mark. Der Lombardkredit ging um 69,6 Millionen auf 133,3 Millionen Mark zurück.

Die Gold- und Devisenbestände haben sich in der dritten Oktoberwoche nur geringfügig und zwar um 6,6 Millionen Mark auf 1287,5 Millionen Mark vermindert. Im einzelnen gingen die Goldbestände um 11,4 auf 1144,6 Millionen Mark zurück und die Bestände an Deckungsdevisen um 4,8 auf 142,9 Millionen Mark. Beim Notenumlauf ist eine stärkere Verminderung, um 159,1 Millionen Mark festzustellen.

Im Zusammenhang damit verbesserte sich die Deckung von 28,6 Prozent auf 29,4 Prozent.

SPD. Der Gesamtumsatz der Grosseinkaufsgesellschaft Deutscher Consumer eine (G.E.G.) betrug in den drei ersten Vierteljahren 1931 = 320,791 Millionen Mark. Er ist gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 12,16 Prozent zurückgegangen. Der Umsatz an Eigenerzeugnissen ist um 8,17 Prozent auf 107,165 Millionen Mark gestiegen.

SPD. Bei dem Konkurs der Maschinenfabrik Kappel ergibt sich bei Verpflichtungen von 5,5 Millionen Mark eine Masse von etwa 83 000 Mark. Der Konkursverwalter betont, dass die letzte Bilanz unrichtig gewesen sein müsse. Ohne Zweifel liegt Bilanzfälschung vor, was den Staatsanwalt zum Einschreiten veranlassen muss.

Versackung geht weiter.

(Berliner Getreidebörse vom 26. Oktober.)

SPD. Auch am Montag blieb an der Berliner Produktenbörse die Umsatz-
tätigkeit sehr eingeschränkt. Das Angebot an promptem Weizen und Roggen war
sehr gering, aber auch die Nachfrage hielt sich in engen Grenzen. Die wenigen
Umsätze, die zustande kamen, wurden zu letzten Preisen abgeschlossen. Am Markte
der Zeitgeschäfte zeigten sich einige Preiserhöhungen, die jedoch über 1 Mark
je Tonne für beide Brotgetreidearten nicht hinausgingen. Am Mehlmarkte zeig-
te sich keinerlei Belebung, lediglich für billige Roggenmehle bestand einige
Nachfrage; jedoch sind auch hier die Käufer bestrebt, den Preis zu drücken.
Hafer hatte stetige Tendenz. Der Konsum bewegte sich in üblichen Grenzen.

	24. Okt.	26. Okt.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	214 - 217	214 - 217
Roggen	185 - 187	185 - 187
Braugerste	163 - 174	164 - 173
Futter- und Industriergerste	154 - 162	154 - 163
Hafer	138 - 147	138 - 147
Weizenmehl	27,50 - 32,25	27,50 - 32,25
Roggenmehl	26,50 - 28,75	26,60 - 28,75
Weizenkleie	10,15 - 10,40	10,15 - 10,40
Roggenkleie	9,10 - 9,60	9,25 - 9,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 229 $\frac{1}{2}$ (Vortag 229)
Dezember 231 (231), März 240 Geld (239 $\frac{1}{2}$). Roggen Oktober 196 $\frac{1}{2}$ -197 $\frac{1}{2}$ (196 $\frac{1}{2}$),
Dezember 197 $\frac{1}{2}$ -197 $\frac{1}{2}$ Geld (196 $\frac{1}{2}$), März 204 $\frac{1}{2}$ -204 $\frac{3}{4}$ (203 $\frac{1}{2}$). Hafer Oktober 155-156
(155), Dezember 156 $\frac{1}{2}$ -157 (155 $\frac{3}{4}$).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier: Festgestellt von der amtlichen Berliner
Eiernotierungskommission am 26. Oktober. A. Deutsche Eier: Trinkeier vollfri-
sche gestempelte über 65 gr 13,25, über 60 gr 12,75, über 53 gr 12, über 48
gr 10,75, frische Eier über 53 gr 11,25, aussortierte, kleine und Schmutzeier
8 - 9. B. Auslandseier: Dänen 18er 12,50, 17er 12, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 11, Holländer 68 gr
13,50, 60-62 gr 12,50. Bulgaren 9,50- 9,75, Rumänen 8-10, Russen normale 8,50
bis 9. Polen grössere 9 - 9,50, normale 7,75 - 8,25, abweichende 7,75, kleine
Mittel- und Schmutzeier 6,50 - 7,50. C. In- und ausländische Kühlhauseier:
grosse 10,50, normale 7,50 - 8. D. Kalkeler: grosse 8,25, normale 6,75 - 7.
Die Preise verstehen sich in Rpf. je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbezie-
her und Eiergrosshändler ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen.
Witterung: schön, Tendenz: fester.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung je Zentner waggonfrei at
märkischer Station vom 26. Okt.: Weisse Kartoffeln 1,40 - 1,50, rote und Oden-
wälder Blaue 1,70 - 2,-, andere Gelbfleischige (ausser Nieren) 1,90 - 2,20.
Fabrikkartoffeln je Stärkeprozent 6 - 7 Pfg.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S . P . D

Nr. 81

Berlin, den 26. Oktober 1931.

"Auferstehung der Dame"?"

SPD. Aus der dunklen Nacht von Not und Elend, die wir alle neute durchleben, steigt endlich ein Silberstreif der Hoffnung auf eine bessere Zukunft am Horizont empor. In diesen traurigen Zeiten, in denen ein grosser Teil der Menschheit am Rande der Verzweiflung angelangt ist, dürfen wir ein Fest der Auferstehung feiern.

Sie fragen, wer ist auferstanden? Nun, es ist "die Dame", wie Paula von Rozniecek auf 170 Seiten eines elegant ausgestatteten Buches nachweist, das im Verlage von Dieck u.Co. in Stuttgart erschienen ist. Wir hatten schon geglaubt die Dame, das Luxusweibchen früherer Zeiten, wäre verschwunden. O, nein, sie existiert noch. Wie glücklich dürfen wir doch sein!

Die Dame hat Instinkt. "Dieser entscheidet Lebensschicksale." Die Dame ist eine Persönlichkeit. "Sie kultiviert ihre eigene Note, sie setzt sich durch." Sie braucht sich nicht eines Freundes zu schämen, der keinen Hispano fährt. Sie braucht auch keinen Diener in englischem Jäckchen und weisser Schürze. Ein schwarz gekleidetes Mädchen tut es auch. Sogar ein Abendkomplet für 200 Mark genügt schon, statt eines für 1500 Mark. Vor allem muss die Welt von der Dame sagen: "Eine vornehme Frau". Dann haben wir die auferstandene Dame unserer Tage. Allerdings muss sie die wichtige "Schule der Gesellschaft" durchmachen. Dann braucht sie keine Grenzen zu scheuen, kann Junggesellen besuchen, in Löbelokale gehen u.a. Die ganz grosse Dame wird immer "grenzenlos überlegen" sein. Unumgänglich notwendig ist es natürlich, dass sie sich anzuziehen versteht. Namentlich Abends. "Damen", die zum Chiffonkleid Strassenschuhe mit niedrigen Absätzen tragen? Unmöglich! Wie wichtig sind auch die Abendhüllen! "Brillen für galante Männerhände, die so gerne die weichen, knisternden Stoffe halten, fühlen, streicheln!" Ganz gewiss eine erhebende Beschäftigung für Arbeitslose!

Welche Rolle spielt überhaupt die Kleiderfrage, die Harmonie von Kleid, Mantel, Hut, Fussbekleidung. Gibt es wirklich Menschen, die keine warme Hülle, keine Schuhe für den Winter haben? Die Dame hat manikürte Hände, pedikürte Füsse. "Gibt es noch Frauen, welche nicht?" fragt die ahnungslose Paula. Eine wirkliche Dame weiss auch, was sie tut, wenn sie "Kultur der Unterwäsche" treibt. "Fingerspitzenerotik verdrängt primitiven Sexualtrieb!"

Natürlich geht die auferstandene Dame auch auf Reisen. Was sie da braucht an Koffern, (möglichst aus Schweinsleder; zur Not geht auch Autolack) und was sie alles in diese Koffer hineintun muss, das kostet ein kleines Vermögen. Tut nichts: "Auf alle Fälle muss unsere auferstandene Dame viel reisen!" Sie hat auch sonst allerhand zu tun. Sie massiert ihr Gesicht elektrisch, mit Radio, mit ihren Händen. Sie braucht fetthaltige Einreibungen, pudert sich, lernt sich schminken, um sich selbst in eine Schönheit verwandeln zu können, und pflegt ihren Teint wie ein Baby. Aber die Dame hat auch Kummer. Wie furchtbar, wenn sie zwei Tage hintereinander ein Viertelpfund zunimmt! Und welche Arbeit macht nur allein das tägliche Bad! Mit Gummischwämmen Fangball spielen, leere Badesalztüten auf Schwimmsicherheit prüfen, zwei, drei Seifen ausprobieren, kaltes und warmes Wasser zulaufen lassen usw. Ja, ja, die Dame hat es nicht leicht.

Neben der Kultur der Kleider muss die Dame für die Kultur des Essens sorgen. Viele Gänge, gepflegte Gerichte, Delikatessen, Kristall, Silber, Blumen

und Beleuchtung. "Herrscherin Dame - die Wollust der Zunge ist meist ausschlaggebender als psychologische Tiefgründigkeiten!" - Tee, Lunch, Diner, Souper, auch Mitternachtsessen, sogar Katerfrühstück, dazu die Kunst, einen Cocktail zu bereiten.... Fürwahr, schwere Arbeitsleistungen! Die Dame sucht die Weine aus, mixt die "drinks", bereitet die Bowlen.

Auch die Dienstbotenplage spielt im Leben der Dame eine Rolle. Respekt ist der Grundfaktor. Man muss die Dienstboten "Mores und andere Dinge lehren". Dazu muss die Dame ahnen, zu welchem Tier die Bühlung nat, das sie pflegen und lieben kann wie eigentlich nur ein Kind. Das Kind spielt nämlich im Leben der Dame kaum eine Rolle. Sie hat ja an so viel anderes zu denken, z.B. "Erst Manieren, dann Moralen". Das Wochenende ist zu bedenken, die Wichtigkeit des Lippenstifts. Die Dame muss "shopping" gehen; dann natürlich ist sie eine hurrapatriotische Deutsche. Sie nimmt teil an Wohltätigkeitsveranstaltungen. Das Neueste ist ein Wohltätigkeitsbridge mit anständigen Sandwichs und Rosenblattzigaretten.

Eigentlich alt wird die Dame natürlich nie. Fünfzigjährige und Zwanzigjährige haben die gleichen Passionen. Alle treiben Sport, alle Körperkultur. Denn Sport wird zum "Fundament fortschrittlicher Annäherung". Sport und Erotik sind notwendig! Daraus folgen dreieckige verhältnisse, der Flirt, der Freu der in Abwesenheit des Hausherrn auch nach neun Uhr Abends noch anrufen darf. Die arme Dame hat es schwer, den goldenen Mittelweg zu finden. Sie findet ihn in der Antwort eines Backfischs, der den "Tannhäuser" gehört hat: "Halb Venus halb Elisabeth."

In allem Elend bleibt uns also der Trost: "Die Monarchie der Dame ist im Entstehen, ein Reich, weder zu stürzen noch zu überflügeln."

Haben wir wirklich eine Frauenbewegung, eine Frauenfrage, sei sie politisch, sei sie wirtschaftlich? War alle unsre Arbeit vergeblich? Ich glaube, kaum. Tausende von Frauen, vor allem die Frauen des Proletariats, werden Front machen gegen die "Auferstehung der Dame". Sie wird und muss verschwinden, wie so manches andere aus der "guten alten Zeit". Dafür sorgt die Not unsrer Zeit. Dafür sorgen aber hoffentlich auch die erwachenden Frauen mit einem echten Kulturbewusstsein.

Anna Bloss.

Kampf um Geburtenkontrolle.^x

SPD. Die vielbeschäftigte amerikanische Krankenpflegerin Margaret Sanger, deren Beruf sie immer wieder in die dumpf-feuchten, von Kindergeschrei widerhallenden, überfüllten und ungesunden Wohnungen der verelendeten New Yorker Proletarierfamilien führt, gelangt zur Erkenntnis, dass die proletarischen Mütter nur die beiden Möglichkeiten haben, "entweder als stumpfe Gebärmaschinen ein Kind nach dem andern auszutragen oder ihre Schwangerschaft durch einen Abortus zu beenden. Es ist kein Wunder, dass sie entweder in hoffnungslose Resignation verfallen, wie die jüdischen und italienischen Mütter, oder sich dem Trunk ergeben, wie die irischen und schottischen Frauen."

In einer Nacht, da die grauenvollen Eindrücke des vorangegangenen Tages ihr den Schlaf rauben, fasst Margaret Sanger den Entschluss, ihr Leben dem Kampfe für die Geburtenkontrolle zu widmen. "Ich blickte aus dem Fenster", so schreibt sie in ihrem kürzlich erschienenen Buche "MY FIGHT FOR BIRTH CONTROL" ("Mein Kampf für die Geburtenkontrolle"), "da erstand vor mir all das Elend und das wirkliche Problem dieser schlafenden Stadt mit überdeutlicher Klarheit. Überfüllte Wohnungen, viele, allzu viele Kinder, im ersten Lebensjahre sterbende Säuglinge, überarbeitete Mütter, vernachlässigte und hungernde Kinder, ihr Leben lang sieche Mütter, in Kellern arbeitende Mütter, Sechs- und Siebenjährige, die sich schon ihren Lebensunterhalt verdienen müssen - ein Kind un-

terwegs und dann noch eines und noch eines.... Die Lichter erloschen, und langsam wich die Finsternis der Nacht dem dämmernden Morgen. Und als die ersten Strahlen der Sonne den fahlen Himmel mit bunten Farben überzogen, da wusste ich, dass nicht nur ein neuer Tag, sondern eine neue Welt für mich angebrochen sei. Alles Leid schien sich mir nur in einer Gestalt zu offenbaren: hemmungsloses Kinder in die Welt setzen! Da gab es nur eine Losung: Alarm rufen, die Frauen Amerikas aus ihrem Schlafe zu wecken, die Mütter der Welt zu befreien....."

Margaret Sanger wandte sich an alle, die sie für Menschen guten Willens hielt. Aber es zeigte sich, dass sie ihnen ebensogut den Vorschlag hätte machen können, mit ihr gemeinsam einen Einbruch zu verüben. Nirgend fand sie Hilfe, kaum irgendwo Verständnis. Die Ärzte sagten ihr, dass sie keine Lust hätten, ihr Leben im Zuchthaus zu beschliessen, die Frauenrechtlerinnen, dass es weit wichtiger sei, den Frauen das Wahlrecht zu verschaffen, und die anderen beriefen sich auf die geheiligten Satzungen der Religion. Nur die I.W.W.-Leute (die International Workers of the World), so schreibt Margaret Sanger, "schienen die wirtschaftliche Bedeutung dieses gewaltigen sozialen Problems zu erfassen.

Entmutigt reist Margaret Sanger 1912 nach Europa, nach Frankreich, in der Hoffnung, im "klassischen Lande der Geburtenbeschränkung" Erfahrungen für den grossen Kampf, zu dem sie rüstet, zu gewinnen. Das Jahr 1913 sieht sie wieder in New York, und vereinsamt nimmt die schwache, tuberkulöse Frau den Kampf gegen ein grosses, moralinvergiftetes Land auf. Sie gründet die Zeitschrift: "The Woman Rebel", ("Die rebellische Frau"), die immer wieder teils von der offiziellen Zensur, teils von der inoffiziellen Zensur der Postämter unterdrückt wird und doch immer wieder den Weg zu ihren Lesern findet. Im Vaterlande des Babbitt treibt Margaret Sanger ein sehr gefährliches Spiel. Aber "Millionen Leben von Müttern stehen gegen das Leben und die Sicherheit einereinzeln Frau." In ihrer Flugschrift "Family Limitation" ("Familienbeschränkung") stellt sie alles zusammen, was sie über wirksame Empfängnisverhütung hat in Erfahrung bringen können. Zwanzig Drucker weigern sich, die Broschüre zu drucken. Erst der einundzwanzigste, der an die mutige Frau und den Sieg ihrer Ideen glaubt, druckt Nachts die Aufklärungsschrift, nachdem er rings um das Haus, in dem sie sein Betrieb befindet, Wachen aufgestellt hat.

Immer wieder wird Margaret Sanger verhaftet, manchmal freigesprochen, zu meist zu Geld- und Freiheitsstrafen verurteilt. Immer wieder werden die von ihr gegründeten Beratungsstellen von der Polizei ausgehoben, die von ihr veranstalteten Versammlungen gesprengt. Aber nun zeigt sich, dass ihr Werk Bestand hat. Es wächst. Ihre Ideen, längst nicht mehr auf die amerikanische Arbeiterklasse beschränkt, erfassen immer weitere Kreise. Ihre Schriften werden in Europa, Indien, China und Japan übersetzt und verbreitet. Nun finden sich auch Ärzte und Wissenschaftler, die sie überzeugt, und von denen sie Belehrung erhält. Ihr Leben ist nicht nur kampferfüllt, sondern auch entbehrungsreich. Jeden Dollar, den sie sich nur vom Munde absparen kann, widmet sie der Propaganda der Geburtenkontrolle und der Schaffung von Beratungsstellen. Und das Wunder geschieht: In der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten tritt in völliger Umschwung ein. Schon finden sich Zeitungen bereit, Margaret Sangers Ideen Raum zu geben. Einflussreiche Organisationen, ja, sogar religiöse Vereinigungen treten an ihre Seite. Der Sieg der tapferen Frau wird besser als durch alle Phrasen durch den kühl-sachlichen Anhang zu Margaret Sangers Buch gekennzeichnet, in dem sie mehr als fünfzig Kliniken, die empfängnisverhütende Mittel abgeben, verzeichnen und keine geringeren Körperschaften als den FEDERAL COUNCIL OF CHURCHES OF CHRIST IN AMERICA (den obersten amerikanischen Kirchenrat) und die New Yorker Medizinische Akademie als Kronzeugen in dem Prozess anführen kann, den sie zwanzig Jahre hindurch mit unerschrockener Beharrlichkeit gegen die Moralheuchelei ihres Vaterlandes geführt hat.

Dr.L.K.

Die Stubenpflanzen hungern.^x

SPD. Wer möchte wohl, wenn er sich als Grosstädter die Freuden eines eigenen Gärtchens versagen muss, darauf verzichten, sich nicht wenigstens am Fensterbrett oder Balkon eine kleine grüne Oase in die Staubwüste seines Wohngehäuses zu schaffen, und seien es nur ein paar Pelargonien, ein Stachelkaktus, eine Azalee, ein Topf vpll Zierspargel oder ein Efeustock! Wie es Hausfreunde unter den Tieren gibt, gleich den Hunden, die dem Menschen überallhin folgen, auf die Hochebene Tibets und Perus und in die eisige Polarnacht Grönlands, wo sie kaum die ihrer Art zusagenden Lebensbedingungen finden, so begleiten auch einige Pflanzen den Menschen in seine dunklen "Wohnhöhlen", die gewiss nicht geeignet sind, einem nur durch das Licht lebenden Geschöpf als dauernder Aufenthaltsort zu dienen. Einzelne Gewächse, so namentlich der Lorbeer und die mir unserm heimischen Maiglöckchen noch verwandte Schildblume, welche aber die wenigsten der Blumenfreunde unter diesem Namen kennen, da sie die Gärtner als *Aspidistra* verkaufen, sind in ihrem Lichtbedarf so anspruchsvoll, dass man sie auch in eine völlig dunkle Zimmerecke stellen kann, ohne dass sie eingehen. Der Lorbeer erträgt sogar monatelang völlige Dunkelheit ohne weiteren Schaden.

Neben diesen "hartlaubigen" Gewächsen gibt es aber auch andere, die sich keineswegs in unsre Stube bequem wollen. Schon die Kapuzinerkresse (*Tropaeolum*) verkümmert, wenn sie nicht unmittelbar am Fensterbrette steht; ihre von Natur aus langen und dünnen Blattstiele strecken sich durch Wachstum unwahrscheinlich lang und halten die merkwürdigerweise in der Mitte an ihr angewachsene Blattscheibe mit einer wahrhaft sehnsüchtig anmutenden Gebärde gegen das lichtpendende Fenster hinaus. Sie beweisen damit, dass die Pflanze den Lichteinfall wahrnimmt und in ihrem Wachstum ein Mittel besitzt, um ihre Lebenslage durch Bewegung, durch Ortsveränderung zu verbessern. Dem Gärtner war das von jeher bekannt; er nannte eine solche, durch das "Streben" nach besserer Beleuchtung zu übermäßigem Wachstum angeregte, gewöhnlich auch durch mangelnde Blattgrünbildung blasse und ihrer natürlichen Form entkleidete Pflanze "vergeilt" und wusste sehr gut, warum er eine erfolgreiche Zimmerblumengärtnerei eigentlich nur in Glashäusern mit Oberlicht unternehmen wollte. Die meisten der von Blumenfreunden gepflegten Zimmerpflanzen sind mehr oder minder vergeilt und verraten ihren Lichthunger zumindest durch ihre einseitige, von der Fensternäh bestimmte Gestalt. Sehr viele und gerade die schönsten Gartenblumen eignen sich daher aus ihrem grossen Lichtbedürfnis gar nicht für die Stubenpflege, und so zeigt uns schon die erste Betrachtung unsres Blumenfensters das grosse pflanzengeographische Gesetz: Das Licht regelt die Verbreitung der Pflanzen.

Es ist freilich nicht der Lichtmangel allein, der eine Menge von Pflanzen untauglich zu unserm Stubengenossen macht. An sich ist er wohl der wichtigste Faktor, denn wenn der Wiener Botaniker J. Wiesner herausgefunden hat, dass $\frac{1}{2}$ Meter von einem Fenster in einer Stadtgasse entfernt nur ein Sechzigstel der Lichtmenge herrscht wie auf einer Wiese im freien Felde, so verrät das Beleuchtungsverhältnisse, die in der Natur fast niemals an vegetationsreichen Orten vorkommen. Denn selbst am Boden des dichten Tannenwaldes herrscht noch ein Dreissigstel der Lichtmenge, die eine Wiese trifft, und es ist jedermann, der auf seinen Spaziergängen auch nur ein wenig auf die Natur achtet, bekannt, wie pflanzenleer das Waldesinnere unter den Bäumen eigentlich ist.

Dr. R.H. Francé.

Die heilige Marie.^x

SPD. Nicht gar weit von Iphofen im Würzburgischen lag das Kloster Birklingen. Das beherbergte ein gar wundertätiges Marienbild. Von weit her kamen die Leute herbei, brachten ihre Anliegen, Wünsche und Nöte vor und liessen das als hilfreichen Fürsprecher einige Schillinge in die klösterliche Kasse gleiten. Das erschien den Mönchen recht und billig, und ihre Kasse schwoll mit den wachsenden Wundern ihrer Maria.

Dieser Schatz aber erregte den Neid der Iphofener Bürger; und siehe da, eines guten Morgens des Jahres 1501 stand vor den Toren der Stadt am Wege zum Kloster auch eine Maria. Niemand wusste, wer sie so bunt und schön dahingestellt, aber bald verbreitete sich die Mär, die Heilige sei auf eigenen Füßen hierher gewallt, weil sie sich unter den lieben und frommen Iphofenern einer besseren Liebe und Achtung erhoffe als an ihrer alten Stelle. Darin sollte sie sich auch nicht getäuscht haben. Die Wundermär drang in die Dörfer und Städte, und Jung und Alt wallfahrtete zu der neuen Maria. Und vergass auch nicht, sein Scherflein in die Büchse zu legen, die eine kluge und weise städtische Priesterschaft dazu aufgestellt hatte. Und jedem Gläubigen wurde sein Wunder und jedem Kranken seine Genesung. Da war die Maria im Kloster gar bald vergessen.

Die Mönche von Birklingen hatten anfangs mit Staunen, dann mit wachsender Ärgernis auf die Madonna am Wege gesehen, und namentlich der Schatzmeister klagte, es müsste etwas getan werden, wenn nicht das Kloster verarmen sollte. Ihre Klage beim Bischof von Würzburg erwirkte denn auch einen Befehl, der den Besuch der Madonna am Wege verbot und die Beter mit ihren Anliegen wieder an die klösterliche Maria verwies.

Diese Anordnung des Bischofs wurde jedoch von den Iphofenern und ihrem Anhang als ungerecht und parteiisch nicht beachtet, und in bäurischer Störrigkeit blieben sie dem Kloster jetzt erst recht fern. Ja, sie hoben ein Schutzdächlein über ihre Heilige, stellten etliche Bänke und Betpulte davor und liessen verlauten, sie würden demnächst gar eine Kapelle erbauen, ihrer lieben Frau zu Lieb und dem Bischof zu Trotz.

Da griff der Bischof mit harter Hand ein. Eines Morgens wetterte ein Haufen eisengeschienter Reiter gen Iphofen und hielt vor der wundertätigen Madonna. Die Beter und Büsse wurden mit blankem Schwerte weggetrieben, und dann trat der Anführer der Reiter, der Domherr Thomas von Stein, an die Maria heran, griff mit rauher Faust zu, hob sie von ihrer Säule herunter und steckte sie in einen Sack. Und die Maria schwieg dazu, schwieg, wie etliche Jahrhunderte vorher Donar geschwiegen hatte, da Bonifazius die Axt in seinen Baum geschlagen. Aber beide, der Domherr und der römische Apostel, wähten, ein sichtbares Gottesurteil gäbe ihnen recht und erweise den Donnergott und die hölzerne Maria als unecht.

Der Bischof und das Kloster hatten gesiegt. Das Volk aber meinte es anders und bewahrte gegen beide einen unauslöschlichen Haß. Vierundzwanzig Jahre lang schwelte der Brand der Empörung. Dann geschah es, dass der Bauer aufstand im Lande und Burgen und Klöster brach. Auch in die glimmenden Erinnerungen der Iphofener wehte der heisse Wind der Rache. Am Mittwoch nach Walpurgis fielen sie in aller Frühe in das Kloster ein, plünderten es völlig aus und steckten es in Brand. Und lachten nur dazu, da auch die Maria in Flammen aufging, es also nicht einmal mehr eines Säckleins bedurfte, um sie wegzutragen.

Damit hatte dann auch der reichlich komödienthafte Madonnenstreit sein natürliches Ende gefunden.

W.L.

Der Familienname.^x

SPD. Wenn ein neugeborener Mensch in die Reihe der Staatsangehörigen eingeordnet wird, so werden für ihn zweierlei Arten von Namen beim Standesamt eingetragen: Vornamen und Zuname oder Familienname. Die manchmal gebräuchliche Bezeichnung "Vatersname" ist nicht ganz richtig, denn den Namen des Vaters führen zwar die in der Ehe geborenen Kinder, aber die Unehelichen führen den Namen der Mutter. Das heisst, sie führen den Namen, den die Mutter hatte, ehe sie sich vielleicht wieder verheiratet hat. Wenn sie allerdings den leiblichen Vater des unehelichen Kindes heiratet, so bekommt das Kind die Stellung eines ehelichen Kindes, also auch den Namen des Vaters. Hat also Hedwig Müller ein uneheliches Kind, dessen Vater Herr Schmidt ist, so heisst dies Kind zunächst mit dem Familiennamen Müller. Heiratet dann aber Hedwig Müller Herrn Schmidt, so bekommt auch das Kind den Namen Schmidt. Heiratet die Mutter jedoch einen andern Mann, vielleicht einen Herrn Körner, so behält das Kind den Namen Müller und bekommt nicht den Namen Körner.

Wenn eine Frau heiratet, so verliert sie ihren Mädchennamen und erhält den Namen ihres Mannes. In andern Ländern ist es vielfach üblich, dass die Frau ihren Namen dem ihres Mannes anfügt. Wenn also Anna Schulz Herrn Sommer heiratet, so nennt sie sich nachher Schulz-Sommer oder Sommer-Schulz. Das kann sie bei uns im gewöhnlichen Leben zwar auch tun, aber nicht vor Behörden. Es ist nur möglich, offiziell den Namen zu ändern mit staatlicher Erlaubnis, und das kostet eine nicht ganz kleine Summe. So können beispielsweise Künstler, Schauspieler und andere, sich zwar auf dem Theaterzettel oder etwa auf Buchtiteln beliebig nennen. Sobald sie aber bei dem Gericht etwas zu tun haben, müssen sie ihren richtigen bürgerlichen Namen angeben. Es ist auch schon vorgekommen, dass ein zweiter versucht hat, sich einen schon berühmten Namen zuzulegen. Dagegen kann von dem rechtmässigen Träger des Namens vorgegangen werden. Es heisst im Bürgerlichen Gesetzbuch, dass, wenn das Interesse eines zur Führung eines Namens Berechtigten verletzt wird, dieser von dem andern die Aufgabe des unberechtigt geführten Namens verlangen und eventuell auf dem Klagewege gegen ihn vorgehen kann.

Ganz besonders geartet ist die Frage des Familiennamens der Frau im Fall einer Ehescheidung. An und für sich behält auch die geschiedene Frau den Familiennamen ihres Mannes. Sie ist aber auch berechtigt, ihren eignen Familiennamen wieder anzunehmen oder, wenn sie schon einmal vorher verheiratet gewesen ist, den Namen, den sie trug, bevor sie die neue Ehe einging, also den Namen ihres früheren Mannes. Das darf sie jedoch nicht, wenn sie schuldiger Teil bei der Scheidung war. Wenn die Frau so ihren Namen ändern, ihren früheren Namen wieder annehmen will, dann muss sie das vor der Behörde erklären. Andererseits kann der Mann, wenn die Frau allein schuldiger Teil ist, ihr nach der Scheidung verbieten, seinen Namen weiter zu führen. Auch das muss er vor der Behörde erklären, die es dann der Frau mitteilen soll. Wenn also Frau Sommer einen Ehebruch begangen hat und deshalb als schuldig geschieden wird, so kann ihr Herr Sommer verbieten, sich weiter Sommer zu nennen, und sie bekommt dann ihren Familiennamen "Schulz" wieder. Ist jedoch Herr Sommer schuldig oder sind beide Ehegatten schuldig, dann kann Frau Sommer wählen, ob sie sich künftig Schulz oder Sommer nennen will. Meist behalten ja die geschiedenen Frauen den Namen ihres Mannes, besonders wenn Kinder da sind, damit sie mit diesen den gleichen Namen führen. Es ereignen sich aber auch Fälle, wo der Mann wegen schwerer Verbrechen auf Jahre hinaus zu Zuchthaus verurteilt und sein Name in übelster Weise durch die Zeitungen bekannt wird. In solchen Fällen ist es sehr begreiflich, wenn die Frau, die sich scheiden liess, ihren Mädchennamen wieder annimmt.

Etwas besonders liegen die Dinge noch bei der Adoption, der Annahme an Kindesstatt. Im allgemeinen bekommt das angenommene Kind den Namen dessen, der es adoptiert. Wenn aber eine verheiratete Frau ein Kind annimmt, so bekommt das Kind den Familiennamen, den die Frau vor ihrer Verheiratung hatte. Nimmt also Frau Sommer ein Kind an, so bekommt dies den Namen Schulz. Wenn

das Kind vorher den Namen - sagen wir: "Erdheim" - hatte, so kann es, wenn es will, dem neuen Namen den alten, eigenen hinzufügen; es kann sich dann also "Schulz-Erdheim" nennen. Die späteren Nachkommen eines angenommenen Kindes führen den Namen, den es nach der Annahme hatte, weiter. Wird jedoch die Adoption aufgehoben, dann verlieren das Kind wie seine Nachkommen auch wieder das Recht, den Namen dessen zu führen, der das Kind angenommen hatte.

Henni Lehmann:

SPD. Geburtenregelung nach eigenem Ermessen.^x Professor Dr. H. Knaus, Assistent an der Universitätsfrauenklinik in Graz, glaubt nach mehrjähriger Forschungsarbeit den Beweis erbracht zu haben, dass die normale Frau innerhalb des mensuellen Zyklus nur an einigen wenigen, ganz bestimmten, aufeinander folgenden Tagen empfänglich ist. Wissen wir ja auch seit langem, dass die Weibchen unsrer Haustiere (sofern sie zu den Säugetieren gehören) ebenfalls nur an einigen wenigen, ganz bestimmten, periodisch wiederkehrenden Tagen empfänglich sind, und dass durch Begattung an einem anderen Tage niemals Trächtigkeit erreicht wird. Für die Nutzenanwendung des von Professor Knaus angeblich neu entdeckten Naturgesetzes ist in Österreich bereits ein verstellbares Kalendarium, ein von Professor Knaus selbst überprüfter sogenannter "Ehekalender", patentiert worden. Damit glaubt man ein Mittel für die Geburtenregelung in der Hand zu haben, das sowohl den praktischen als auch allen ethischen Anforderungen vollkommen entspricht. - Sollte in der Tat die Entdeckung des Professors Knaus, der man zunächst eine starke Skepsis entgegenbringen möchte, der medizinischen Nachprüfung standhalten, so würde sie eine ausserordentlich grosse sozialhygienische Bedeutung gewinnen.

SPD. Deutliche Abfuhr.^x Schnapp betrat ein kleines Restaurant und ergriff die Speisekarte. Da sah er, dass die Kellnerin sehr hübsch war. "Na, Kleines", sagte er blinzelnd. Schlagfertig erwiderte die Kellnerin: "Meine Haare sind blond, das weiss ich. Meine Augen blau, mein Teint frisch, meine Zähne blütenweiss. Das weiss ich alles. Brauchen Sie mir gar nicht erst zu sagen. Heute Abend kann ich nicht ausgehen und in der nächsten Zeit auch nicht. Ich verdiene hier ganz gut und habe es nicht nötig, mich von schäbigen Kavalieren aushalten zu lassen. Ausserdem ist mein Bruder hier Hausknecht, wiegt hundertachtzig Pfund und ist Amateurboxer. Was wünschen der Herr also.....?"

SPD. Wunder der Natur.^x Der Lehrer wird poetisch: "Alle Bäche und Flüsse alle Teiche und Seen, die noch vor kurzem mit einer dicken Eisschicht bedeckt waren, sind nun wieder aufgetaut. Das ist ein Wunder der Natur!" Da meckert der kleine Fritz dazwischen: "Das ist doch kein grosses Wunder, jetzt mißten im Frühling!"

SPD. Trauriger Ruhm.^x Die Gattin eines Tonfilmkomponisten rühmte sich neulich: "Ein merkwürdiger Zufall! Mein Mann ist an dem gleichen Tage geboren an dem Verdi gestorben ist!" - Franz Werfel horchte interessiert auf und meinte: "Tja, ein Unglück, sagt das Sprichwort, kommt eben selten allein!"

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 26. Oktober 1931.

Der Zauberkünstler.^x

Von Alphonse Crozière.

SPD. Eines Abends wandelte Schnürgurt heiter über die Hauptstrasse. Von Zeit zu Zeit legte er die Hand an den Hut. Das Unwetter beunruhigte ihn.

"Dieser verdammte Wind! Ich möchte doch bei der Baronin nicht ganz verdrückt ankommen. Und bei dem nassen Pflaster kann man jeden Augenblick ausrutschen!"

Zum erstenmal in seinem Leben ging Schnürgurt in eine Abendgesellschaft. Da sein Reichtum an Versen grösser war als der an Moneten, so hatte er die zwei Franken für die Droschke gespart und sich vorgenommen, das Buffet nicht so bald zu verlassen. "Ich kenne jemanden, der sich mit belegten Brötchen voll stopfen und am Champagner gütlich tun wird. Ach, wenn ich doch jeden Abend zu einer Gesellschaft eingeladen wäre!" So sprach Schnürgurt zu sich selber und schritt gerade über die Neue Brücke, als ihm mit einemmale der steife Hut, der für seinen Kopf etwas zu knapp war, jäh entführt wurde. "Das hat gerade noch gefehlt!" jammerte unser Poet. "Ich kann doch nicht mein Haupt in den Fluss stecken, um den Hut wieder aufzufischen. Was tun? Nach Hause zurückkehren? Ausgeschlossen! Und das Buffet? Und meine Zukunft? Und all die schönen Beziehungen, die ich bei der Baronin anknüpfen kann?"

Rasch erreichte er das rechte Ufer und warf einen verstohlenen Blick in die verschiedenen Kneipen. Er hoffte, ein gemütliches kleines Café zu finden, wo er sich einen Schoppen bestellen, einen Hut aufs Korn nehmen und ihn beim Fortgehen in aller Eile aufsetzen wollte. Er wusste wohl, dass solch ein Stückchen nicht so leicht auszuführen war, wie es schien, aber ihm waren schon ganz andere Sachen geglückt, die er listig eingefädelt hatte, und so verzweifelte er nicht, dass es ihm auch diesmal gelingen werde.

"Genug des Suchens!" meinte er und trat entschlossen in eine Wirtschaft.

Der Wirt sah nur die gestreifte Weste und das weltmännische Benehmen des neuen Gastes. "Endlich!" rief er. "Das ist der Taschenspieler, den meine Gäste schon ungeduldig erwarten. Sie kommen etwas spät, mein Lieber!"

Zuerst begriff Schnürgurt der Rede Sinn nicht. Aber er wurde sogleich durch ein Plakat aufgeklärt, das einen Zauberkünstler im Smoking darstellte. Auf dem Plakat stand in riesigen Lettern: "Heute Abend um halb neun wird Herr Max Fox, der berühmte Zauberkünstler, seine Experimente in der weissen und der schwarzen Magie vorführen."

"Man hält mich für Max Fox; versuchen wir's mal," meinte Schnürgurt bei sich.

Vor dem Podium sassen eine Menge Leute. Als Schnürgurt erschien, wurde er von lautem Beifall begrüsst. "Meine Damen und Herren", sprach er mit einer Frechheit, die ihresgleichen suchte. "Verzeihen Sie mir! Die Verspätung hängt von Umständen ab, für die ich nichts kann". Dann streifte er die Ärmel hoch. "Ich werde mir erlauben, die Sitzung mit einem Höchst seltsamen Experiment in drahtloser Telegraphie zu eröffnen. Ein Apparat, Säulen und Antennen, sind nicht vonnöten. Auch so werden Sie meine Stimme aus der Entfernung hören können. Mir genügen zwei Hüte. Befinden sich unter dem geehrten Publikum zwei Personen, die mir ihren Hut anvertrauen wollen?"

Sofort streckte ihm ein langer Jüngling seinen Strohhut hin.

"Danke, mein Herr, danke!"

Schnürgurt dachte: "Ein Strohhut! Ich kann doch nicht mit einem Strohhute zur Baroning gehen." Ein dicker, gefälliger Herr jedoch hakte jetzt seinen Hut von dem Ständer ab, an dem er ihn aufgehängt hatte. "Aber nicht doch, Eduard!" wehrte seine Frau ab. "Den Hut hast du doch eben erst gekauft. Man verleiht einen neuen Hut nicht!"

Trotz des Widerspruches der weitblickenden Gattin bemächtigte sich Schnürgurt des steifen Hutes. "Beruhigen Sie sich, meine Gnädigste! Es handelt sich ja nicht darum, einen Eierkuchen darin zu backen. Ich werde die Kopfbedeckung Ihres Herrn Gemahls mit der grössten Schonung behandeln... Hier sehen Sie also zwei Hüte, meine Damen und Herren, zwei ganz gewöhnliche Hüte. Es ist keinerlei Schwindel dabei im Spiel. Ich lege den ersten hier auf den Tisch. Er wird als Lautsprecher dienen. Den zweiten benutze ich als Schalltrichter. Ich werde hinausgehen und die Tür schliessen. Sobald ich auf der andern Seite der Strasse angelangt bin, werde ich in den Hut hineinsprechen. Ich werde sagen: "Was denken Sie von diesem reizenden Schelmenstückchen?" Und Ihnen wird nicht eines meiner Worte entgehen."

Danach öffnete Schnürgurt die Tür und stürzte hinaus. Es war die höchste Zeit. Noch einige Sekunden, und sein Betrug wäre ihm zweifellos teuer zu stehen gekommen, denn der echte Taschenspieler trat gerade durch eine andere Tür herein.

Ein Glück, dass Schnürgurt im Rennen ein Meister war, Während er den für seinen genialen Schädel etwas zu grossen Hut aufsetzte, dachte er an die Gri-massen, die Eduard und seine Frau schneiden würden. "Sie werden über den Verlust untröstlich sein," meinte er lachend. "Aber bestohlen habe ich sie nicht. Ich habe sie vorher darauf aufmerksam gemacht, dass sie ein reizendes Schelmenstückchen miterleben würden."

(Berechtigte Uebersetzung von Ernst Levy).

Ein Charlatan.^x

SPD. In Tertia lernte ich ihn kennen. Wir waren in eine andere Stadt übergesiedelt, und ich besuchte hier weiter das Realgymnasium. Er sass neben mir und liess sich schon am zweiten Tage meinen Füllbleistift, um ihn mir niemals wiederzugeben. Ich war darüber sehr traurig, denn ich hatte diesen Bleistift zu meinem letzten Geburtstage von meiner Schwester, die inzwischen gestorben war, geschenkt bekommen und hielt ihn, als Andenken an sie, hoch in Ehren. Ich selbst hatte ihn in der Schule niemals benutzt, weil ich fürchtete, er könnte entzwei gehen oder mir gestohlen werden. Ich erinnerte Bruno - so hiess der Junge - ein paarmal daran und bat ihn, mir den Bleistift zurückzugeben; stets wusste er mich mit irgendwelchen Ausreden abzuspeisen. Ich entsinne mich noch deutlich, dass ich damals den Entschluss fasste, ihn fürchterlich zu verprügeln. Dass jedoch dieses Vorhaben nie ausgeführt wurde, lag daran, dass er mir eines Tages erklärte, er hätte den Bleistift verloren. Ich glaubte es ihm. Zur Wiedergutmachung des Schadens bot er mir einen jungen Hund an - seine Eltern besaßen eine schottische Schäferhündin, wie er sagte -; ich verzichtete aber. Später sah ich auf einem Spaziergange, bei dem ich ihm in Begleitung seiner Eltern begegnete, dass die Hündin ein Hund war. Er hatte mich also auch darin belogen.-

Obwohl er ein sehr mässiger Schüler war, gelang es ihm doch, sich durch sämtliche Klassen mit hindurchzuschlängeln. Er selbst arbeitete fast nie; während wir zu Hause sassen und lernten, trieb er sich erst auf den Strassen, später mit Mädchen und in den Kneipen umher. Anderntags, wenn die

schriftliche Arbeit fällig war, verstand er es jedesmal, unter Zusicherung kleiner Geschenke (die der Betreffende nie bekam), von irgendjemanden die Erlaubnis zum Abschreiben zu erhalten. Im Mündlichen verliess er sich auf sein gutes Glück. Daneben versuchte er, sich bei den Lehrern beliebt zu machen, indem er ihnen die Bücher nach Hause trug und kleine Besorgungen für sie erledigte. Beim Abitur war er einer der Wenigen, deren schriftliche Arbeit der Direktor lobend erwähnte. Wer weiss, durch welche Versprechungen er sich hierzu die Mithilfe eines Begabten erkaufte hatte...

+ + +

Das zweite Mal sah ich ihn im Schalterraum einer Bankfiliale in einer süddeutschen Stadt. Ich wollte einiges ausländisches Geld, das mir noch von einer Reise übrig geblieben war, einwechseln, und war höchst erstaunt, als ich von dem Schalterbeamten plötzlich mit meinem Namen angeredet wurde, da ich niemals zuvor in dieser Stadt gewesen war. Ich erkannte ihn zuerst garnicht. Er hatte sich einen Bart stehen lassen, so ein modernes Bärtchen, wie es der Filmheld Adolphe Menjou kreiert hat. Bruno trug einen eleganten, gut geschnittenen Anzug und hätte vorteilhaft ausgesehen, wenn er nicht diesen verschmätzt-raffinierten Blick gehabt hätte. Damals nannte ich ihn im Stillen zum erstenmal einen Charlatan. Während er mir das Geld umwechselte, erzählte er mir eine lange Geschichte, wie er zu dieser Vertrauensstellung - denn dass es eine Vertrauensstellung war, sah ich ja - gekommen war. Etwas Protektion und einflussreiche Verwandtschaft waren dabei wohl mit im Spiel gewesen, aber den Ausschlag hatte augenscheinlich seine Fähigkeit gegeben, sich allen Situationen allgleich anzupassen und die Kenntnisse anderer für sich auszunutzen. Aus seinen Reden hörte ich heraus, dass man seinen Vorgänger wegen eines geringfügigen Zwischenfalls vorzeitig pensioniert und ihn, Bruno, dann an seine Stelle gesetzt hatte. Er wollte mir noch mehr erzählen, wurde aber durch das Dazwischenkommen eines seiner Vorgesetzten daran gehindert. Sofort verwandelte sich Bruno. Er wurde höflich und dienstbeflissen; der gerissene Zug verschwand aus seinem Gesicht und machte einem liebendswürdig-devoten Lächeln Platz.

Als ich nach Hause kam, merkte ich erst, dass er mich beim Wechseln übervorteilt hatte. Der von ihm angegebene Kurs war niedriger als der in der Zeitung stehende. Ich wunderte mich darüber und konnte nicht an ein Versehen glauben, da Bruno sich vorher im Börsenzettel über den Kurs vergewissert hatte. Weil es sich aber nur um wenige Mark handelte, beschloss ich, nichts zu sagen und dafür in Zukunft besser aufzupassen.

Ich hatte dann noch einige Male auf der Bank zu tun, und eines Tages lud Bruno mich ein, mit ihm gemeinsam am Abend ein Lokal zu besuchen. Da ich keine Bekannten in der Stadt hatte und annahm, dass mir eine Zerstreuung - ich arbeitete damals an einem ziemlich verzwickten Manuskript - gut tun würde, nahm ich die Einladung an. Vorsichtshalber vereinbarte ich jedoch von vornherein, dass jeder für sich selbst bezahlen sollte. Nach einigem Hin und Her war er auch damit einverstanden.

Wie erstaunt war ich jedoch, als wir uns Abends trafen! Er hatte mir versprochen, mich abzuholen, und fuhr in einer Autodroschke am Hause vor. Seine Kleidung war die eines Gentleman; der Smoking, den er trug, war von tadellosem Schnitt und bestem Material; dazu trug er tadellose Schuhe, Hut und Mantel; kurz er sah aus, als hätte man ihn aus einer Modenzeitung ausgeschnitten. Die goldene Uhr und der Brillantring an seinem Finger mochten einige hundert Mark gekostet haben. Erstaunt fragte ich mich, woher er das Geld für alle diese Sachen haben mochte. Denn dass seine Eltern nicht vermögend waren, wusste ich noch von der Schule her. Er schien meine Verwunderung zu bemerken, denn er murmelte etwas Undeutliches von einer Erbschaft und dergleichen vor sich hin.

Wir fuhren in eines der teuersten Cafés der Stadt, und dort machte er mich mit seiner Freundin, einer etwas zweifelhaften, dekolletierten Dame, bekannt. Er schien hier Stammgast zu sein, denn der Geschäftsführer begrüßte ihn sehr

zuvorkommend. Nach einigen Likören bestellte Bruno schon Wein - und nicht den billigsten -, und je betrunken er wurde, desto lockerer sass ihm das Geld in der Tasche. Absichtlich schien er seinen Beruf verheimlicht zu haben, denn er wurde von allen möglichen Leuten begrüsst und stets "Herr Doktor" tituliert. Auch seine etwas zweifelhafte Freundin betonte mir gegenüber Brunos Doktorgrad.

Ich schwieg, da ich keine Veranlassung sah, mich in seine Angelegenheiten einzumischen. Kurze Zeit darauf las ich in der Zeitung, dass er wegen Unterschlagungen - es handelte sich um etwa 20 000 Mark - verhaftet und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden war. -

Das letzte Mal traf ich ihn vor drei Tagen. Ich hatte von einer Zeitung den Auftrag für eine Reportage bekommen und sass in einem "Achtcafé" übelster Sorte, als mir jemand von hinten ins Ohr flüsterte: "Schnee gefällig?" Ich drehte mich um und erkannte - Bruno! Aber wie sah er aus! Heruntergekommen - elend - nur noch ein Schatten seines damaligen Selbst. Er erzählte mir hastig eine lange Jeremiade; wie ihn das Glück seitdem so völlig verlassen habe - seine Strafe erwähnte er mit keinem Worte. Dann bat er mich, ich möchte ihm doch einige Briefchen des Rauschmittels, mit dem er jetzt handelte, abkaufen. Es wäre billig; zwei Mark wollte er mir nur für jedes abnehmen, versichert er. Ich kaufte ihm eins ab und gab ihm drei Mark. Dann entfernte er sich eilig. Zu Hause stellte ich fest, dass das Briefchen mit dem angeblichen Kokaïn leer war...

Dieser Bericht endet ohne einen richtigen Schluss. Ich weiss bestimmt, dass ich Bruno noch ein viertes Mal treffen werde. Wo wird das sein? Wie tief wird dieser Charlatan noch herab müssen, bis er aus einem Leben heraus kann, das - eigentlich - eine viel grausamere Charlatanerie mit seinem armseligen Dasein treibt?...

Walter Schirmeier.

Ohrfeige in Versen.^x

SPD. Auf einer seiner Reisen kommt Goethe, schon in vorgerückten Jahren, nach einer kleinen Universitätsstadt Mitteldeutschlands und kehrt in einem Gasthof ein. Niemand kennt den Fremdling, auch die Studenten nicht, die da in einer Ecke sitzen und durch sehr laute Reden bekunden, dass der Wein des Wirtes billig und gut, aber für junge Leute entschieden zu schwer ist. Sie verursachen einen Höllenspektakel, und der Wirt entschuldigt sich bei dem fremden Gast ob des Treibens der Angeheierten.

Der Dichter des "Faust" setzt sich in eine abgelegene Ecke und giesst schein wenig Wasser in den Wein. Kein Mensch würde sich darüber aufhalten, denn sogar trinkfeste Leute verschmähen an heissen Tagen keineswegs einen "Gespritzten". Die Herren mit den bunten Mützen sehen jedoch darin einen Versteiss gegen gutes, altes deutsches Saufrecht, und es dauert garnicht lange, so wird der Fremde zum Mittelpunkt des allgemeinen Gespöttes gemacht. Es fallen ziemlich alberne Bemerkungen herüber, denn wenn man viel Wein trinkt, hat man viel Mut.

Das geht so seine Weile. Bis der Gast aufsteht, zahlt und dem Wirt einen Zettel in die Hand drückt, mit der Bitte, den Schrieb jenen Weinakrobaten auf den Tisch zu legen.

Der Fremde verabschiedet sich. Ein paar Keckheiten über den traurigen Philister fliegen ihm nach. Dann bringt der Wirt den Zettel und leht ihn den ausgelassenen Zechern mit ein paar empfehlenden Worten auf den Tisch.

Grosses Gelächter, als man einen Sechszweiler findet: jetzt hat der Philister auch noch gedichtet! "- Vorlesen!" - Einer steigt auf den Tisch. Die anderen hören sich an, was ihr Kommilitone unter besonderer Anstrengung seiner weinseligen Augen entziffert:

Wasser allein - macht stumm;
Das beweisen im Teiche die Fische.
Wein allein - macht dumm;
Das bewiesen die Herren am Tische...
Und weil ich keines von beiden will sein,
So mische ich gern das Wasser mit Wein.

Goethe.

Während der Wirt sich kichernd entfernt, beratschlagen die offensichtlich stumm gewordenen Herren am Tische, wie man sich am besten entschuldigen könne. Einer wird vorgeschickt... Es ist aber schon nicht mehr nötig; die Kutsche mit dem "Philister" rollt bereits die Strasse entlang dem Stadttore zu.

-ch.

Schwobemaidle und Fasnetküechli.^x

SPD. Wie alles Werden, so umgeben Geheimnisse und Rätsel auch die Entwicklung der Sprachen. Wir können wohl die Sprachgesetze registrieren, vermögen die ungefähr zutreffenden Zeitpunkte ihrer Umwandlungen zu bestimmen, aber wir begreifen nicht die letzten Ursachen, aus denen heraus die ungeheure Mannigfaltigkeit der Sprachen erwachsen ist. Die letzten Wurzeln und Gründe können wir nur mit dem Begriffe der sprachbildenden Fähigkeit des Menschen zusammenfassen. Diese Fähigkeit ist unerschöpflich wie die Natur selbst. Gibt es doch keinen festen Abschluss für eine gesprochene Sprache. Immer von neuem verändert sie sich, nimmt auf, wandelt die Wortformen. Unbetontes wird abgestossen. Vereinfachungen und Zusammenziehungen erfolgen, und im Laufe der Jahrhunderte werden Sprachschöpfungen geboren, die eine Sprache bis zur Unkenntlichkeit verändern können. So klingt unser modernes Deutsch völlig anders als die Sprache unsrer Vorfahren vor 2000 Jahren, und das, was wir heute sprechen, wird in weiteren 2000 Jahren nur noch in Archiven und Büchereien zu finden sein.

Wer wird zum Beispiel ein Gedichtchen wie das folgende als in seiner Muttersprache geschrieben verstehen können? Und doch handelt es sich um ein deutsches Sprachdenkmal:

Kirst, imbi is hucze! nu fluic du, vihu minaz hera!

Das ist ein sogenannter Bienensegen, mit dem der deutsche Imker vor tausend Jahren seine Bienen "besprach". Ich das heutige Deutsch übersetzt, lautet er:

"Christus, die Biene ist heraus. Nun fliege Du, mein Getier, her!"

Unserm Verständnis schon etwas näher steht die deutsche Sprache des Mittelalters, das Mittelhochdeutsche. Das berühmte Gedicht Walters von der Vogelweide "Ich saz uf eime Steine..." bedarf nicht sehr vieler Erklärungen, denn die damalige Sprache hatte schon die grosse Lautverschiebung, auf der unser heutiges Neuhochdeutsch beruht, durchgemacht. Und lassen wir weitere drei Jahrhunderte vorüberziehen, so ähneln Wortformen und Laute schon ganz unsrer Schriftsprache, und überfliegen wir nochmals 200 Jahre, so sind auch diese Unterschiede zum grossen Teil verschwunden. Das Deutsch Goethes ist die Sprache der Moderne.

Nur in den deutschen Mundarten, den Dialekten, haben wir noch Reste der einstigen Sprachen. Was für die Schriftsprache unmöglich war, das gelang den Dialekten der einzelnen Gegenden. So haben die niederdeutschen Mundarten die

grosse althochdeutsche Lautverschiebung, die etwa um die Mitte des ersten Jahrtausends unsrer Zeitrechnung stattfand, nicht mitgemacht. Wenn der Plattdeutsch sprechende Bauer heute noch Holt statt Holz, Dörp statt Dorf, dat statt das sagt, so spricht er damit die Sprache, die einst vor Jahrhunderten allgemein gesprochen wurde. Oder wenn der Alemanne kein Haus, sondern ein "Hus" besitzt, wenn ihn nicht die Sonne bescheint, sondern die "Sunne beschint"; so steht er sprachlich noch auf der Entwicklungsstufe frühesten Jahrhunderte.

Eine unübersehbare Fülle sprachlicher Eigentümlichkeiten hat derjenige zu überwinden, der Deutschland nach allen Himmelsrichtungen durchwandert. Als Norddeutscher steht er verständnislos und kopfschüttelnd, wenn die "Schwoben=maidli", die jungen Mädchen Württembergs, ihm etwas vorschwäbeln, oder wenn er in Mainz eine Mutter zu ihrem verschnupften Kinde sagen hört, dass es "Buz=zelbebbelche" in der Nase habe, oder wenn er in Nordbaden jemanden zu einem andern sagen hört: "Ach, babbel doch kei Käs!" und er muss sich trösten mit seinem bayrischen Landesbruder, der auf der Reise nach der Wanterkant immer wieder fluchend konstatiert, dass dort die Leut' aber auch "gar so dumm daher=red'n". Oder was soll gar der junge Ausländer anfangen, der in der Universitätsstadt Göttingen deutsche Literatur studieren will, wenn am Martinstage die Kinder ihn umringen und ihm zurufen:

"Schenken Se mek en Appel!

Den kann ek gaud verknappeln!"

Er mag noch so viele Wörterbücher aufschlagen - keine Buchweisheit wird ihm die Geheimnisse dieser seltsamen Sprache, in der er kaum noch die deutsche erkennen kann, lösen. Und von neuem wird er staunen, wenn er in Süddeutschland wieder ganz andere Laute vernimmt, wenn ich im Schwarzwald etwa in der Frühe des Fastnachtstages lauter Gesang weckt:

"Heu und Strauh (Stroh),
Fesnetküechli au!"

Das ist eine Bitte um etwas Heu und Stroh für den "Fasnetfunken", das grosse Frühlingsfeuer, und um einige Fastnachtsküchlein, ein süßes Gebäck, das den Berliner Pfannkuchen gleicht. Aber völlig verzweifeln wird er, wenn ihm in Bayern sein treuherziger Wirt, der gleich den "g" studierten Doktor" etwas fragen will, vorklagt, dass er einen ganz "malefizischen Haarwehdam" (Kopfschmerzen) habe, und dass er "ebbs dagegen toa" (tun) müsse, denn sein "Maser" (Kopf) sei halt ganz "süchtig" (krank). - -

Für den Fremden, vollends den Ausländer wird es fast unmöglich sein, diese vielen Mundarten zu verstehen. Aber selbst dem Einheimischen wird manches Wort aus einem anderen Dialekt Kopfzerbrechen verursachen, bis ihm endlich "a Bogenlampn aufgeht". Trotzdem müssen wir die Dialekte begrüßen, denn sie enthalten nicht nur Schätze für den Volkskundler und Sprachforscher; sie sind auch der Ausdruck des unerforschlichen Lebens, das die Sprache in sich birgt. Die Schriftsprache ist nur der Durchschnitt der mannigfachen Sprachfärbungen. Sie kann niemals in dem gleichen innigen Verhältnis zum Volkstum stehen wie die Mundart. Wenn man die Schriftsprache einem breiten Strome vergleichen kann, so sind die Mundarten der Quell, der sie immer von neuem mit frischem, lebendigem Wasser versorgt und ihre Erstarrung verhütet.

M. E.

Ein griechischer Soldat.^x

SPD. Auf Reisen wird man oft genug angesprochen, und man gewöhnt sich daran. Man lernt bald, aufdringlichem Volke die kalte Schulter zu zeigen und Neppwillige durch blosses Schweigen zu verscheuchen.
Aber in Athen bin ich doch reingefallen. Da hat mich jemand auf dem

Syntagmaplatz angesprochen, und zwar so, dass meine ganze Reiseroutine mit Donnergewitter zusammenbrach. Und - dass der Nepp gelang.

Ich ging nach dem Zeitungskiosk, wo es die ausländischen Blätter gibt, und suchte mir eine deutsche Zeitung aus. Neben mir stand ein griechischer Soldat mit weissen Trikotosen, weissem gefältetem Röckchen, mit roter Kappe, von der eine schwarze Bommel hing, und mit einem kleinen koketten Schnurrbärtchen. Der griechische Soldat mit dem Röckchen verfolgte meinen Zeitungskauf mit, wie mir schien, südlich feurigen Blicken.

Als ich dann ging, kam er hinter mir drein. Und als ich mich an einem der wackligen Tische niederliess, die auf dem Syntagmaplatz aufgestellt sind, kam der griechische Soldat an den gleichen Tisch, machte eine leichte fragende Verbeugung und sagte: "Wirdn Sie villedich geschdaddn?"

Mein Mund öffnete sich und blieb vor Verblüffung ein Weilchen offen stehen. Ich mag schön blöd ausgesehen haben in diesem Moment. "Wie?" fragte ich.

"Ach, ich meinde bloss", erwiderte der Soldat. "Weil Sie doch ä Landsmann sind."

"Landsmann?" stammelte ich.

"Na ja", war die Antwort.

"Sie sind doch griechischer Soldat!"

"Nu allemal! Was haddn das mid där Zemendfabrigg zu dun? Ich bin nämlich Grieche; das heessd, eichendlich bin ich nämlich gein Grieche. Ich meine, ich bin offiziell Grieche, awr richdch bin ich nämlich nich Grieche; richdch bin ich nämlich aus dr freundlichen Lindnschdadd Leibzj. Aber da sind wir vor sieben Jahren weggemachd, mei Babba und meine Mamma, und da ham wir uns hier naturalisieren lassen. Mei Babba, der exbordiirt nämlich Gorindn. Und deswäjn dachde ich mir, ich missde Sie doch mal anschbrechn, weil Sie doch diedeutsche Zeidung gegaufd ham."

Ich lachte schallend über den sächsisch-griechischen Soldaten, lud ihn zu einem Glase Fixbier ein und liess mich überrumpeln. Hatte es zu bereuen, dass meine Reiseroutine zusammengebrochen war. Denn nach fünf Minuten hatte mir mein neuer Bekannter bereits folgenden Vorschlag unterbreitet: "Geld hawe ich nämlich geins. Und Sie gennen doch Adeen noch nich richdch. Wenn Sie nun das Vulgsleben richdch gennen lernen wollen, da mache ich Ihnen den Vor-schlaach, Sie gommen mid mir und geben mir eine Gleinichgeid, damid dass ich mid meiner Braud morjn ausgehen gann, und dadrfier zeige ich Ihnen, wie sich das griechische Vulg amüsierd."

"Wohin wollen Sie mich denn da führen?"

"An die Agrobolis".

"Na, dazu brauche ich Sie aber wirklich nicht."

"Doch nich oben nuff! Auf die Agrobolis meine ich doch garnich. Undn dran, undn am Bärge, da will ich mid Ihnen hin. Da gibd's nämlich einen indressandn Buff...."

Kurt Miethke.

SPD. Neuentdeckte Eisnöhle.^X Auf der Reiteralpe (Salzburg) wurde in der Nähe des Überganges zur Traunsteinerhütte auf dem Schreckensattel, nur zehn Meter vom Wege entfernt, eine riesenhafte Höhle, ähnlich den berühmten Dachstein-Höhlen, entdeckt, die viele hundert Meter lang ist. Zackenförmige Felskolosse, Naturdome, prachtvolle Eisflächen mit Eiskristallen reihen sich aneinander und stempeln die Höhle zu einem Naturwunder allersten Ranges. Etwa 300 Meter unter dem Eingang ist ein Wildbach, der im Innern des Berges verschwindet. Das Betreten der Höhle im gegenwärtigen, noch ungesicherten Zustand ist allerdings lebensgefährlich.